

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmann, Magdeburg. Herausgeber: August Galmas, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Planusch u. Co., Magdeburg. Verlagsstelle: Jakobstraße 49, Fernspr. 1567. Redaktion und Druckerei: Dr. Mühlstr. 8. Fernspr. für Redaktion 1794, für Druckerei 951.

Prüfungsamt zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangobrief) 2 M. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Per Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 M., 2 Exempl. 2.90 M. In der Expedition und den Ausgabestellen Vierteljährlich 2 M. monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 exkl. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Infektionsgebühr: die sechsgespaltene Beilage 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Restanteil Beile 50 Pf. Post-Zeitungsliste Seite 202.

Nr. 34.

Magdeburg, Sonnabend den 9. Februar 1907.

18. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 10 Seiten
Heute liegt die „Neue Welt“ Nr. 6 bei.

Korruption.

Von den Justizministern der europäischen Staaten ist der ungarische momentan der berühmteste. Was seit Wochen von Geza Polonyi, dem obersten Hüter des Rechts in Ungarn, in der Öffentlichkeit ohne Scheu erzählt wird, ist wohl noch nie, solange die Welt besteht, von einem Justizminister behauptet worden.

Gegen das Subjekt wurden schon lange, bevor er sich das Justizportfeuille ergatterte, die ehrenrührigsten Angriffe erhoben. Aber Polonyi zählt zu jener Sorte von Dickhäutern, die auf die schwersten Beschuldigungen nicht reagiert. Und nichts kennzeichnet die Moralbegriffe der magyarischen Bourgeoisie schärfer als die Tatsache, daß der Mann, dem man die Eigenschaften eines Erzgauners zum Vorwurf machte, im öffentlichen Leben Ungarns eine hervorragende Rolle spielen konnte. Er durfte ungeschmeichelt helen, erpressen und bestechen und wurde neben einer solchen nationalpatriotischen Tätigkeit ein gefeierter Wortführer der größten bürgerlichen Partei Ungarns, der Unabhängigkeitspartei, die bekanntlich bei den letzten Reichstagswahlen die Majorität eroberte. Je mehr er die Gaunereien im großen Stile betrieb, desto höher stieg er in der Macht, bis er endlich bei der Bildung des Koalitionsministeriums — des Kabinetts der „großen Männer“ — zum Justizminister avancierte!

Herr Polonyi mußte zuerst ganz hinauf, bevor sein Aufstieg beginnen konnte. Der Lump war seit Jahren der Mittelpunkt schmutziger Skandalaffären, doch seine Ernennung zum Justizminister war der größte Skandal unter allen. Sie machte das Maß des Unerträglichen zum Ueberlaufen voll, und so konnte der Tag nicht ausbleiben, an dem die Eiterbeule plagen mußte.

Herr Galmas, der ehemalige Bürgermeister von Budapest, war nicht der erste, der dem Polonyi Ehrenrühriges nachsagte. Daß Polonyi ein verabscheuungswürdiges Individuum ist, haben, wie bereits erwähnt, andre lange vor Galmas aufgedeckt. Von all diesen Anklagen ist über die ungarischen Grenzen sehr wenig oder nichts hinausgedrungen. Zu einem Prozeß ließ es Polonyi nicht kommen, dem Gerichtssaal wich er stets in weitem Bogen aus. Als aber ein Mann von dem gesellschaftlichen Range eines ehemaligen Bürgermeisters der Landeshauptstadt den Polonyi beschuldigte, daß er seine Mitgliedschaft zur Kommunalvertretung von Budapest dazu mißbraucht habe, Reichthümer zu erwerben, da mußte sich endlich angefaßt der Tatsache, daß der Beschuldigte Justizminister ist, auch die von der bürgerlichen Presse gemachte öffentliche Meinung mit dem Gegenstand eingehender beschäftigen, als es sonst der Fall gewesen wäre, wenn der Ankläger kein ehemaliger Bürgermeister von Budapest und der Angeklagte nicht der Justizminister wäre. Der Skandal konnte vor Europa nicht mehr totgeschwiegen werden.

Herr Polonyi hat Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, um auch diesmal an dem Abgrund, der ihn zu verschlingen drohte und der ihn auch verschlingen wird, mit heiler Haut vorbeizukommen. Wenige Tage später, als der alte Galmas gegen Polonyi die angeführte Beschuldigung erhob, hat derselbe Galmas — ein kranker Mann — dem Herrn Justizminister eine Ehrenerklärung ausgestellt. Polonyi glaubte sich gerettet und pries im ungarischen Abgeordnetenhaus in einer Rede über den Justizskandal, in der er auf die gegen seine Person gerichteten Angriffe erwiderte, unter fortwährenden Beteuerungen seiner Unschuld die Ehrenerklärung des Galmas als — ein Werk der Vorsehung. Seine Parteiländer, unter denen sich viele befinden, die gleich Polonyi viel, sehr viel Butter auf dem Kopfe haben, jubelten ihm zu und erklärten die Angelegenheit für „erledigt“. Als jedoch bekannt wurde, wie die „Ehrenerklärung“ zustande gekommen war, wendete sich das Blatt. Es stellte sich heraus, daß der alte Galmas einer gemeinen Erpressung des Justizministers nachgegeben hatte. Polonyi bediente sich dazu des Hausarztes des Galmas, eines Dr. Klein, der den Kranken, ruhebedürftigen und sich nach Ruhe sehnenenden Galmas spät in der Nacht aufgesucht hatte und ihm den baldigen Tod oder — binnen drei Tagen — den Irren- und Internierungs in eine Anstalt für Geistesranke ankündigte, falls er sich nicht sofort den Aufregungen des Skandals entziehe. Tod oder Irrenanstalt, so lautete die Prognose, die der famose Dr. Klein, das von Polonyi gemietete Werkzeug, dem Galmas in Aussicht stellte. Solchen menschenfreundlichen Einschüchterungen widerstand Galmas nicht. Er unter-

schrieb und reiste am folgenden Tage nach dem Süden ab. Polonyi zeigte sich sehr gerührt und weinte vor Freude.

„Doch mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Bund zu flechten, und das Unglück schreitet schnell.“ Der Stein war einmal im Rollen und nicht mehr aufzuhalten. Andre Ankläger traten an die Stelle des eingeschüchterten Galmas, und ihre Beschuldigungen lauteten noch viel mächtiger. So veröffentlichte der Chefredakteur des „Magyar Szó“, Dr. Palnyi, an der Spitze seines Blattes folgende „Aufforderung an den königlich ungarischen Justizminister Geza Polonyi“:

„Ich bin bereit, Ihnen folgende Straftaten zu beweisen:
1. Sie haben Hehlerei begangen.
2. Sie haben an einem Diebstahl teilgenommen.
3. Sie haben vor Gericht einen Meineid geschworen.
4. Sie waren Agent von Vordellen.
5. Sie haben Erpressungen begangen.
6. Sie haben Ihr Abgeordneten- und Gemeinderatsmandat widerrechtlich und unanständig zu Vermögenserwerbungen benutzt.“

Alles das wünsche ich Ihnen zu beweisen, Herr Justizminister, und fordere Sie auf, mich vor Gericht zu stellen.“

Nun meldete sich noch ein Mitglied der Unabhängigkeitspartei, der Abgeordnete Lenghel, zum Wort, der in einem offenen Briefe Polonyi derselben Verbrechen bezichtigte und enthüllte, daß sich Polonyi einer gewissen Baronin Schönberger zum Zwecke der Spionage am Hofe bedient habe.

Von anderer Seite wird dieser Baronin Schönberger mitgeteilt, daß sie mit dem Generaladjutanten des Kaisers, dem Grafen Paao, ein in's-Grate-Verhältnis unterhalten habe und daß sie von Polonyi beauftragt worden sei, auf dem Umweg über den Grafen Paao die Stimmung am Hofe auszuforschen. Als Entschädigung seien ihr von Polonyi 50 000 Kronen, die von zwei Aristokraten zur Verfügung gestellt worden seien, versprochen worden. Polonyi habe die 50 000 Kronen von den beiden Aristokraten erhalten, habe sie jedoch für sich verwendet und sie nicht der Schönberger ausbezahlt. Polonyi habe ferner bei einer Zusammenkunft mit der Baronin Schönberger von der letzteren die von ihm an die Schönberger gerichteten Briefe zurückverlangt. Die Baronin weigerte sich, dem Verlangen stattzugeben, und da Polonyi vermutete, daß die Schönberger die Briefe bei sich trage, habe er sich mit roher Gewalt in den Besitz dieser ihm gefährlich dünkenden Briefe setzen wollen. Dabei sei es zwischen dem robusten Polonyi und der wehlosen Dame zu einem förmlichen Ringkampf gekommen. „Er umklammerte sie“, heißt es im „Budapesti Naplo“, „warf sie auf ein Sofa, und begann mit fiebernden Händen eine Leibesvisitation bei ihr vorzunehmen, fand jedoch keinen der Beweise. Beschämt und betroffen wandte Polonyi zurück. Die Baronin pumpte vor ihm aus und rief ihm ins Gesicht: „Schurke, Schurke! Die Briefe sind in sicherem Gewahrjam. Sie werden niemals die Briefe wieder in die Hand bekommen.“

In der ganzen zivilisierten Welt wird es nur eine Stimme geben: daß ein Mann, gegen welchen so ungeheuerliche Anklagen geschleudert werden, nicht können darf, seine Verteidiger vor die Schranken des Gerichts zu fordern. Und das auch dann, wenn er nicht gerade ungarischer Justizminister ist. Was haben wir dagegen in Wahrheit erlebt? Polonyi erklärte, daß er nicht klagen werde. Mehr als das: Die Herren Kossuth und Apponyi, die beide mit Polonyi in der Regierung sthen, waren eifrig am Werke, dem Lumpen Polonyi den Weg in den Gerichtssaal zu ersparen. Durch eine einfache „Vertrauenskundgebung“ der Unabhängigkeitspartei sollte Polonyi rehabilitiert werden. Sie haben sich anfangs mit dem Schuft förmlich solidarisch erklärt.

Es hat starken Anschein, daß die leitenden Männer der Unabhängigkeitspartei Ursache haben, Polonyi zu fürchten. Sie injenierten eine leidenschaftliche Probenwäsche, indem sie auf Grund von „Akten“, die ihnen Polonyi zur „Prüfung“ unterbreitet hatte, den Herrn Justizminister als das Opfer haltloser Verleumdungen bezeichnen.

Mein der Liebe Müß' blickt vergeblich. Der Skandal hat einen Umfang angenommen, daß er das Gefüge der Koalition zu zerreißen droht, falls dem Ruf des öffentlichen Gewissens nach einer gerichtlichen Feststellung des Tatbestandes nicht Folge geleistet wird. Kein rechtlich denkender Mensch vermag einzusehen, warum in jene Akten, welche die Unschuld Polonyis beweisen sollen, kein unabhängiges Gericht Einsicht nehmen soll. Die lange Weigerung Polonyis, die Gerichte zu Hilfe zu rufen, hat den Verdacht, daß die Anklagen begründet sind, nur noch bestärkt. Denn ist Polonyi unschuldig, dann braucht er den Gerichtssaal

nicht nur nicht zu meiden, sondern dann ist er erst recht verpflichtet, ihn aufzusuchen.

Nach längerem Schwanken und Zaudern und nachdem die Stimmung im Lande anhebt, sich gegen eine Regierung zu kehren, die einen öffentlich als Schuft beschimpften Justizminister decken will, scheinen die ehemaligen Ministerkollegen des Polonyi endlich dahinter gekommen zu sein, daß es für sie selbst gefährlich wäre, über ihren lieben Polonyi noch weiterhin die schützende Hand zu halten. Zuerst hieß es, daß Polonyi nun seine Demission einreichen werde. Davon ist es gegenwärtig wieder still geworden, dagegen wird bekannt, daß sich der Herr Justizminister entschlossen habe, den Abgeordneten Lenghel — der wegen seines Auftretens gegen Polonyi aus der Unabhängigkeitspartei ausgeschlossen wurde! — gerichtlich zu belangen. Ob er sich bis zur Austragung des Prozesses auf dem Posten eines Justizministers wird behaupten können, wird allgemein bezweifelt.

Der Prozeß vor dem Budapester Schwurgericht — falls er wirklich durchgeführt wird — wird ein europäischer Skandalprozeß ersten Ranges. Wie viele Polonyi in seinem Sturz mitreißen wird, ist schwer zu sagen. Denn gewiß ist: Polonyi ist nicht der einzige Verbrecher, der in Ungarn zu hohem Rang und Ansehen gekommen ist.“

e. r.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 8. Februar 1907.

Der Jubel der Monarchen.

Während jene deutschen Staatsoberhäupter, die näher der Grenze Westeuropas wohnen, ihre „Stellung“ über den Parteien“ bisher nicht verlassen haben, haben die Könige der östlichen Reiche, Preußen und Sachsen, in einer nächtlichen Anrede unter freiem Himmel und in einem lebhaft gefärbten Telegramm ihrer Freude über den Mißerfolg der Sozialdemokratie Ausdruck gegeben. Ferner sind zwischen Berlin und Dresden Freuden- und Glückwunschdepeschen gewechselt worden. Wilhelm II. drahtete an Friedrich August u. a.: „Mit lebhafter Genugthuung habe ich den Ausfall der Wahlen begrißt und bin besonders dankbar, daß die Bevölkerung Deines Landes gesund vaterländische Gesinnung . . . gezeigt hat.“

Wenn die Könige von Preußen und Sachsen ihren Völkern für ihre Haltung bei den Wahlen dankbar sind, so können sie ihren Dank nicht besser betätigen, als indem sie das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Landtagswahlrecht einführen. Es ist ja in diesen Tagen der Freude gesagt worden: man brauche das deutsche Volk nur in den Sattel zu setzen, und es werde reiten. Man gebe also den Preußen und Sachsen Gelegenheit, ihre politische Reifezeit in Freiheit zu üben und mache einem Zustand ein Ende, der die Preußen und Sachsen gegenüber den Bayern und Schwaben zu Reichsdeutschen dritter Klasse erniedrigt.

Merkwürdiger befinden sich die hocherfreuten Monarchen mit ihrem Jubel über den Ausfall der Reichstagswahlen in einer Gesellschaft, die alles andre eher erwarten läßt! Denn nicht bloß die alten Könige Deutschlands, auch die neuen fühlen sich jetzt durchaus als Herren der Situation. Der Zentralverband der Industriellen hat aus Anlaß der Reichstagswahlen eine Glückwunschadresse an den Fürsten Bilibow gerichtet, in der es heißt:

Der Zentralverband hat . . . als eine seiner vornehmsten Aufgaben den mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu führenden Kampf gegen die Sozialdemokratie betrachtet. In diesem Sinne sind die Mitglieder des Zentralverbandes auch, unter Betätigung einer aufergewöhnlichen Opferwilligkeit, mit Eifer und Energie in den nun hinter uns liegenden Wahlkampf eingetreten. . . wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß Euer Durchlaucht nach diesem hochbedeutenden Ergebnis der Wahlen den Kampf gegen die Sozialdemokratie mit gleicher Umsicht und Energie und mit gleichem Erfolge weiter fortführen werden. In unsern aufrichtigen Glückwunschn gestatten wir uns die Versicherung zu knüpfen, daß der Zentralverband es als eine seiner ernstesten Pflichten ansieht, Euer Durchlaucht wie bisher so auch in Zukunft in dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie mit aller ihm eignen Kraft zu unterstützen.

Die neuen Industriekönige des Westens haben sich die Manieren der Emporkömmlinge noch nicht abgewöhnen können. So kommt es, daß sie in ihrem Dankschreiben an

*) Der vorstehende Artikel mußte der Wahlen wegen eine Woche im Blei stehen bleiben. Inzwischen ist Polonyi zurückgetreten. Ob damit die Krise beginnen wird, läßt sich noch nicht übersehen. Red.

den Reichskanzler, dort, wo von der „außerordentlichen Opferwilligkeit“ die Rede ist, dem Adressaten mit prophetischer Deutlichkeit die Wahrheit zu versprechen geben: „Eigentlich haben wir gar nicht dir zu danken, sondern du uns; denn wir haben ja die ganze Geschichte bezahlt.“ Geringfügig ist es wieder recht erhaben, daß der Zentralverband, eine statutenmäßig „rein wirtschaftliche Vereinigung“, in göttlicher Unbesinnlichkeit dem Reichskanzler versichert, er habe den Kampf gegen die Sozialdemokratie, also eine rein politische Angelegenheit, stets als „eine seiner vornehmsten Aufgaben“ betrachtet. Könige stehen eben über dem Gesetz. Im Grunde haben die Herren Industriellen ganz recht, wenn sie die Kosten des Kampfes gegen die Sozialdemokratie unter Geschäftskosten buchen. Sie haben mit ihrem Gelde einen reaktionär-scharfmacherischen Reichstag zustande bringen geholfen. Die Mark pro Kopf des Arbeiters, die sie für den Wahlkampf aufgebracht haben, wird ihnen Wucherzinsen tragen.

Für die Arbeitnehmer und Untertanen ist es sehr heilsam und nützlich zu wissen, wie die Arbeitgeber und Könige, die „Herren im Hause“ der Wirtschaft und des Staates über den Wahlausfall denken. Für Könige und Industrieherrn, für Großagrarien und Kirchenfürsten ist es — nach den Worten Friedrich Augusts — „ein Vergnügen, jetzt zu leben“. Das Volk mag sehen, wie es bei diesem Vergnügen der höchsten Kreise auf seine Rechnung kommt! Es mag aus dem lauten Ausdruck der Gefühle, mit dem die Monarchen des Thron- wie des Fabrikstalls den Mißerfolg der sozialdemokratischen Arbeiterpartei begrüßen, lernen, welche geschichtliche Bedeutung der Sozialdemokratie inneohnt.

Dann mag es leicht kommen, daß bei den nächsten Wahlen die Paläste dunkel bleiben und die Häuser der Vorstadt illuminiert werden. —

Stichwahlünden.

Das freisinnige „Berliner Tageblatt“, dessen Glauben an die liberale Aera wieder verschwunden ist, sieht sich veranlaßt, mit Herrn Müller-Meinungen ins Gericht zu gehen, der es fertig brachte, in der antisemitischen „Zenaischen Zeitung“ einen Aufruf zugunsten des antisemitischen Stichwahlkandidaten Lehmann gegen die Sozialdemokratie zu veröffentlichen. „Auf Herrn Müller-Meinungen“, schreibt das freisinnige Blatt, „lastet das Odium, einem Rückschrittler schärfster Art in den Reichstag geholfen zu haben.“ Dieses Odium lastet aber nicht bloß auf Herrn Müller-Meinungen, sondern — mit verächtlichen Ausnahmen — auf der ganzen freisinnigen Partei.

Nun beruft sich die freisinnige Presse darauf, daß auch die Sozialdemokratie in bestimmten Fällen dem Freisinn die Wahlhilfe verweigert habe. Es ist aber eine ganz lächerliche Zumutung, die man hier der Sozialdemokratie stellt, wenn man von ihr verlangt, sie solle bei den Stichwahlen den Bedürftigen einer Partei spielen, die alle liberalen Grundzüge preisgibt, und mit Konservativen, Antisemiten, Bündlern und Scharfmachern Kartellpolitik gegen die Sozialdemokratie treibt. Für die freisinnigen Herrschaften ist es sehr nützlich zu wissen, daß man nicht bloß freisinnig sein muß, um im Notfall die Unterstützung der sozialdemokratischen Arbeiter zu finden.

Die liberale Parteienkategorie ist vollkommen veraltet: neben geringen Ansätzen zu einem wirklichen bürgerlichen Liberalismus in westeuropäischem Sinne sieht man Lafaienhaftigkeit, Anglistieberei und reaktionäre Neigungen vorherrschend. Daher kann es auch für künftige Fälle als einzige Richtschnur der Sozialdemokratie gegenüber dem Liberalismus gelten, jeden ehrlichen und wirklichen Liberalismus so energisch zu unterstützen, wie es die gleichwohl stets vorhandene Gegnerschaft der Weltanschauungen zuläßt, dafür aber die bloß freisinnig und fortschrittlich konservierte Reaktionsbrüderlichkeit bis aufs Messer zu bekämpfen.

Daß bei einem solchen Kampf die äußerste Rechte zunächst lachender Dritter zu sein scheint, ändert nichts an der innern Notwendigkeit einer solchen Auseinandersetzung. Denn wenn die Sozialdemokratie oder auch nur ein ehrlicher bürgerlicher Liberalismus in diesem Kampfe die Oberhand behält, so sind es schließlich doch der Absolutismus und das Junkertum, die dabei ihre zuverlässige Hilfstruppe verlieren.

„Mandatskämpfer“ wollen und sollen wir natürlich mit den Konservativen ebenbürtig rechnen wie mit einer andern bürgerlichen Gruppe. Aber einem Freisinn, der sich mit der Reaktion verbündet hat, bedingungslosige Stichwahlhilfe zu leisten, das verdient uns für alle Zukunft die Selbstachtung. —

Die sächsischen Stichwahlen.

Als der sächsische Durchschnittsbürger und Patriot sich in seiner engen Männerwelt jetzt verächtliche Hochgefühle. Wenn er auf der Viehwahl politisiert, sieht er die Sozialdemokratie im „alten Sachsen“ zerstückelt und vernichtet. Von der Stimmenzahl, die seine Genossen auf sich vereinigten, ist wenig zu hören. Er sieht nur in Randnotizen, die uns bescheiden zeigen, und „jubelt“. Oder er telegraphiert auch an seinen König oder an den Kaiser mit der Kolonialmilitäre und der ungeschützten Dialekt. Gleichwohl, Stenogramm und andre Herrlichkeiten des neuen Sächsischen existieren nicht. Man hat zwar keinen einzigen Umsturzgeheißener Streik gebrochen — aber man hat uns Randnotizen einbringen für ein von Viehwahl und von den Herren der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ ungeschicktes Sachverständigen ein zureichender Grund, der treuen Sachverständigen ein „Deutschland, Deutschland über alles“ entgegenzusetzen zu lassen. Und so weiter.

Die acht Stichwahlen in Sachsen haben uns allerdings auch nicht ein einziges Mal den Erfolg gebracht. Sie erlangen den Anspruch der vereinigten Gegner. Politische Prinzipien und Grundgedanken existieren für die Spitze nicht mehr. Sie alle fanden sich in ihrer Hoffnung gegen die Sozialdemokratie. Politische Programme

waren nicht mehr wert als Mostkappes. Und diese Sorte „Jubel“... Für einen Konservativen traten ein in Sachsen die National Liberalen, in Borna die Antisemiten. Für einen Antisemiten in Sachsen die Konservativen und die Freisinnige Vereinigung. Für einen National Liberalen in Dresden-Altstadt die Konservativen, in Döbeln die Konservativen und die Freisinnige Volkspartei, in Annaberg die Freisinnige Volkspartei. Für einen „Unentwegten“ aus der Freisinnigen Volkspartei in Bittau der Bund der Landwirte, in Plauen die Konservativen und die National Liberalen.

Wie vollständig die Bundesgenossenschaft war, ergibt sich zuverlässig daraus, daß in den meisten Kreisen die Stimmengahl des Sozialdemokraten entweder konstant geblieben ist oder nur um wenige Hundert von der Hauptwahlziffer abwich.

Der 5. Februar brachte dem Kreise Borna die zweifelhafteste Ehre, fortan durch den Herrn v. Liebert vertreten zu werden, den Mann, zu dem sich der Reichsverbandstanzler herabneigte, um seine Silberverleihe an die Öffentlichkeit zu bringen, den Mann, der die Reichsverbandstanzler auf die Sozialdemokratie losläßt, „Ehrenmänner“, von denen selbst die „Frankfurter Zeitung“ meinte: armselige Agitatoren, vernünftigenwert. Menschen.

Am jammervollsten und widerwärtigsten berührt das Verhalten des sächsischen Freisinns. Er hat sich nicht entblödet, Reaktionen von reinem Wasser offen zu unterstützen. In der Sprache des Freisinns nennt man das ja wohl „entschiedenen Liberalismus“ und „unentwegt freisinnig“. Andre nennen es Selbstentnennung, politischen und moralischen Selbstmord. Wenn den Leuten die Augen aufgehen, werden sie merken, daß eine solche kapitale Dummheit nicht weiter überboten werden kann. Aber sie haben es so gewollt. Es ist freilich richtig, daß wir den Freisinn vor der Hauptwahl prinzipiell bekämpft haben. Aber man sollte selbst einem Freisinnigen so viel politische Einsicht zurufen, daß er bei der Entscheidung zwischen schwächster Reaktion und Sicherung kampfesreudiger Opposition gegen ein unheilvolleres System nicht einen Augenblick im Zweifel sein könne. Aber der 5. Februar hat den Beweis erbracht, daß man einen sächsischen Freisinnigen überhäuft, wenn man ihm politische Einsicht zurechnet.

In allen acht Stichwahlkreisen ist bis zur letzten Stunde von uns mit verzweifelter Erbitterung gekämpft worden. Aber wohl kaum anderswo hat der Kampf so scharfe Formen angenommen, wie in Dresden-Altstadt, wo Genosse Stadnauer mit 20607 Stimmen dem national liberalen Landgerichtsdirektor Heinze unterlag, der 21636 Stimmen auf sich vereinigte. Wenn von unsern Gegnern je ein Wahlkampf mit unfauberen Mitteln geführt worden ist, geschah es in Dresden-Altstadt. Es regnete Gemeinheiten, Lügen, Verleumdungen, Entstellungen. Ueber die Partei sind Zerschüsse entleert worden; dann kamen Verdächtigungen und plumpe Anrempelungen der Gewerkschaften und des Konsumvereins. Der „Dresdner Anzeiger“, „Amtsblatt des königl. Landgerichts, des königl. Amtsgerichts, der königl. Polizeidirektion und des Rates zu Dresden“, ein Blatt, das aus den Mitteln einer gemeinnützigen Stiftung besprochen wird, öffnete seine Spalten den gemeinsten Beschimpfungen und den schändlichsten Fälschungen der Heimgemäner.

Wider Unruh ist von den Heimgemäner mit dem „berühmten“ Zitat von den „zweibeinigen Tieren in Uniform“ getrieben worden. Als von unserer Seite öffentlich darauf hingewiesen wurde, daß man mit jenem Zitat das Andenken eines Toten schändete, hatte der national liberale Ausschuß die — Frechheit, zu antworten, es fehle ihm an Zeit, die — Reichstagsakten durchzublätern, um jenes Zitat nachzuprüfen. Man hatte also keine Ahnung, wo jene Worte zu finden sind und in welchem Zusammenhang sie dort angewendet werden. Um so infamer war es, daß Unwissenheit sich nicht genierte, Gemeinheiten als erwünschte Waffe zu verwenden. Und diese Sorte „Jubel“...

Der Landgerichtsdirektor Heinze hat in seinen Wahlreden eine andre Taktik befolgt. Er hat mit schönen Versprechungen jongliert. Es fragt sich sehr, ob ihm noch alles bewußt ist, was er verspricht. Wenn er alles notiert hat, muß eine lange Liste der schändlichen Dinge zusammengelassen sein. Und wenn er alle Versprechungen einzulösen gedenkt, kommt er in die interessanteste Situation, sich in allen entscheidenden Fragen in Widerspruch zu seiner Fraktion zu setzen. Wahrscheinlicher aber wird er das Verzeichnis der schönsten Dinge zu seiner Offenbarung machen und mit Vergnügen zuschauen, wie sich eine Staubhölle nach der andern darauf abseigt. Und wenn er Sinn für Humor hat — es soll auch Landgerichtsdirektoren mit Humor geben —, wird er bei „Patrioten“ gedenken, die blindlings auf ausgelegte Reimereien trafen.

Natürlich hat der „Sieger“ am Abend des Schlachttags seine Siegesrede gehalten, „von innerer Bewegung erfüllt“. Vorher hatte man mit Orgelbegleitung „Deutschland, Deutschland über alles“ gestimmt. Und dann die schone, erbauende Rede.

Er gedachte dabei auch der Tausende von Arbeitern, die den Hut gehat haben, sich von der Fahne des Terrorismus loszumachen, und die national gewählt haben, sich auf ihr Vaterland besonnen haben. Unsere erste Pflicht sei es, ihnen wohlwollend entgegenzukommen und ihre Wünsche zu berücksichtigen. Es werde, wenn man den Blick in die Zukunft wirft, nötig sein, den feindlichen Bestrebungen in ruhiger Arbeit leidenschaftlos entgegenzutreten und die Arbeitsmassen aufzuklären, auch ihre gerechten Wünsche wohlwollend zu erwägen, denn Gerechtigkeit müsse der Abgeordnete auf seine Fahne geschrieben haben. Er (Redner) habe die Ehre, ein deutscher Richter zu sein, und sein höchstes Ideal sei die Gerechtigkeit. Aber nie dürfe man die Gerechtigkeit vernichten lassen, gegen die zu Felde zu ziehen, welche die Grundgesetze unsres Staates durch Revolution und Terrorismus erschüttern wollen. Feinden andern Wahlkreises möge er sich als deutscher Reichstagsabgeordneter zu betreiben wünschen, als Dresden mit seiner alten Kultur, mit seiner Ausstattung für alle Verfassungen, Dresden, die Reitorole deutscher Kultur. Ein Ruheposten sei es nicht, der ihm jetzt übertragen worden sei, er fühle recht wohl die Größe der Aufgabe und bitte alle seine Wähler, ihm dabei zu helfen; er wolle noch viel lernen, sich vor allem noch über manches aufklären lassen.

Ob der Mann wirklich des hohen Glaubens lebt, unter seinen Wählern seien Tausende von Arbeitern? Ob er in seiner Vergeßlichkeit wirklich kein Gefühl dafür hat, daß er mit solchen „Glaubens“ eine Verleumdung der Dresdner Arbeiterchaft ausspricht? Ob er wirklich nicht weiß, daß Dresdens Arbeiterchaft auf sein Landgerichtsdirektorliches „Wohlwollen“ pfeift? Der Ar-

beiter will kein Wohlwollen, keine Almosen, die ihm vor die Füße geworfen werden, wie man Hunde abgenagte Knochen zuwirft — er will kein Recht. Und da drohen dem gerechten Abgeordneten Heine die fatalsten Konflikte. Die national liberale Partei hat stets ihre Hand geboten zu Ungerechtigkeiten gegen die Arbeiterklasse, zu Vergewaltigungen und Ausnahmemaßnahmen. Sie wird auf dem Wege weiter marschieren. Ob sich Herr Heine „Wohlwollen“ mit einer solchen Marschrichtung verträgt? „Er muß noch viel lernen, sich vor allem noch über manches aufklären lassen“. Seine Parteifreunde werden seine Erziehung zum „richtigen“ National Liberalismus schon besorgen.

Vorläufig singt der sächsische Durchschnittsbürger und Patriot immer noch „Deutschland, Deutschland über alles“. Wenn er singen muß: „Steuern, Steuern über alles!“ —

Die triumphierenden Agrarier.

Das preussische Dreiklassenparlament trat am Donnerstag nach der Reichstagswahlpause wieder zusammen. Natürlich wittern die Privilegierten des kleinsten aller Wahlsysteme nach ihrer Wahlschlappe Morgenluft, und es nahm sich schon aus, wie mitten in der Verwaltung des landwirtschaftlichen Etats der alte Weltruber v. Wodschlawinagh, der frömmelnde Urbater der Zuchtansammlung, das am 26. Januar und 6. Februar „wiebergewonnene Vaterland“ mit verglückten Gebärden lobpreist.

Im übrigen besprachen die Junker und Junkerfreunde mit alter Ungeniertheit die Frage, wie man den Prozentsatz der Grundbesitzer erhöhen könnte. Der neue Landwirtschaftsminister v. Arnim-Eisenen bedauerte, daß die Wirkungen der hohen Schutzzölle von den Arbeitern durch Lohnherhöhungen halbwegs ausgeglichen worden seien und nannte dies einen Umstand, den die Agrarier bei ihren Berechnungen leider nicht vorhergesehen hätten. Im übrigen stellte er sich ganz auf den alten, Pöbblischen Standpunkt der Grenzsperrung und des Poliwuchers. Die einzige volkstümliche Maßregel, die er ankündigte, war eine Herabsetzung der Zuckersteuer. Aber auch diese soll nicht etwa vorgenommen werden, um dem Volke die Möglichkeit eines vermehrten Verbrauchs zu schaffen, sondern einzig und allein mit Rücksicht darauf, daß die Zuckerindustrie sich um jeden Preis einen vermehrten Inlandsabzugsmarkt schaffen müsse.

In der Debatte spielten die Fragen der Entschärfung des Großgrundbesitzes und des Viehwirtschaftsbesitzes die Hauptrolle. Daneben ertönten auch die alten Klagen über den Arbeitermangel wieder recht laut. Der Minister sprach zu allen möglichen Agrarierwünschen, nur gegen den Antrag der westpreussischen Landwirtschaftskammer, Kulis nach dem deutschen Osten für die Landarbeit zu importieren, fand er kein Wort, obwohl der freisinnige Ugo. Goldschmidt es ihm geradezu in den Mund legte. Am Freitag wird die agrarische Debatte fortgesetzt. —

Die französische Einkommensteuervorlage.

Am Donnerstag brachte in der Kammer der Finanzminister Caillaux seinen Entwurf ein. Nach den Tatsachen des Volkslichen Bureau sei folgendes über den Inhalt der Vorlage mitgeteilt:

In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß alle Nationen ihr Steuerhystem zu dem Zwecke, das wirkliche Einkommen zu treffen, einer Erneuerung unterzogen hätten. Der Minister habe das deutsche und das englische System nicht einfach nachahmen wollen, sondern sich bemüht, eine den Ueberlieferungen und Gewohnheiten sowie der Vermögensverteilung in Frankreich entsprechende Besteuerung zu schaffen. In seinem Entwurf stellt der Minister den bestehenden Realsteuern auf alle Einkommensarten eine allgemeine Einkommensteuer, die eine Personalsteuer ist, an die Seite. Diese belegt mit vier v. H. die Einkommen aus beweglichem und unbeweglichem Besitze, mit dreieinhalb v. H. die Einkommen aus Industrie und Handel und mit drei v. H. die Einkommen aus Arbeitsleistungen. Die gegenwärtige Art der Besteuerung französischer beweglicher Werte soll aufrechterhalten bleiben; der Ertrag dieser Besteuerung soll um fünf Millionen erhöht werden, ohne daß jedoch die im Besitze von Familienvätern mit kleinem Einkommen befindlichen französischen Werte höher als bisher besteuert werden. Alle ausländischen Werte sollen freien Zutritt zum französischen Markte haben gegen eine Stempelabgabe von zwei v. H. des Nennwertes und eine Steuer von fünf v. H. auf das aus ihnen fließende Einkommen. Die französische Rente bleibt von der Steuer frei, jedoch bleiben die aus Staatswerten fließenden Einkommen nicht von der allgemeinen Einkommensteuer befreit; vielmehr sollen diese Einkommen, sobald sie 5000 Frank übersteigen, nach einer progressiven Skala getroffen werden, die mit 20 Centimes beginnt und bis zu 4 v. H. des Einkommens geht; auf diese Weise sollen 120 Millionen aufgebracht werden können. Steuererklärungen der Steuerpflichtigen sollen, sofern sie sich nicht als falsch erweisen, als Grundlage der Besteuerung angenommen werden; willkürliche Nachforschungen durch die Behörden finden nicht statt. Die Verwaltung wird über die Banken und Kreditinstitute eine Kontrolle ausüben; Unterschleife sollen mit strengen Geldstrafen belegt werden.

Die Verlesung des Entwurfs wurde von der Linken mit Beifall, von der Rechten mit Unruhe aufgenommen. Das Haus verwies den Entwurf an den Steuerreform-Ausschuß. Hiernach griff unser Genosse Rouanet ein mit einem Angriff auf die Finanzgruppen, die an der Abschließung der russischen Anleihen die Schuld tragen. Rouanet führte aus, die Bailli der russischen Fonds habe den französischen Sparern einen Verlust von vorläufig nahezu einer Milliarde verursacht, und beschuldigt den Kredit Chonnais dadurch, daß er heimlich 874 Millionen Obligationen der russischen Abelsagranbank untergebracht habe, schuld daran zu sein, daß die französischen Sparern einen Verlust von 269 Millionen erlitten hätten. Rußland sei ein Land der Schamlosigkeit und der Fäulnis. (Lärm, Widerspruch.) Bei der letzten russischen Anleihe sei einem unbefannten Komitee von 12 Millionen bezahlt worden. Minister des Außern Bischof: Das ist das Entgelt (Gelächter.) Rouanet fährt fort: Während des russisch-japanischen Krieges habe man einen stillfälligen Kurs aufrechterhalten können, und spricht dann von neuen Börsemanövern gelegentlich der letzten russischen Anleihe und von Verführung des Großfürsten Sergius. (Lärm.) Minister des Außern Bischof unterbricht den Redner und sagt, das sei ein Mord und nicht die Ausführung eines Urteils gewesen.

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 34.

Magdeburg, Sonnabend den 9. Februar 1907.

18. Jahrgang.

Warschau.

Aus der Hauptstadt Polens wird der Wiener „Arbeiterzeitung“ von Anfang Februar geschrieben:

Mit der Zeit gewöhnt man sich an alles. Fogar an den Kriegszustand, der nun schon seit dem Dezember 1905 unterbrochen dauert. Was hier der Ankömmling auf den ersten Blick gewahrt, scheint sich kaum viel von normalem Großstadtleben zu unterscheiden. Wimmelndes Publikum, zahllose Droschken, prächtige Schaufenster, belebte Kaffeehäuser, Theater, Konzerte. Eins nur fällt auf: man kann keine fünf Minuten gehen, ohne einem starken Trupp Soldaten mit aufgezogenen Bajonetten zu begegnen. Und die Kerle haben gräßlich dummmüde Gesichtsausdrücke wie ohgütigste Ferkel. Diesen Gesichtern glaubt man es, daß ihren Trägern die Volkstretung standrechtlicher Todesurteile nicht den mindesten Kopfschmerz verursacht; den Trägern dieser Gesichtsausdrücke kann man es zutrauen, daß sie mit Behagen Späne unter die Fingernägel der gefangenen Kämpfer eintreiben oder ihnen pünktlich jede Stunde je einen Kolbenhieb auf den Kopf verjagen, bis der Gefoltete halb wahnsinnig, halb blödsinnig geworden ist und man ihm die Namen seiner Mitschuldigen entlocken kann.

Derselbe Widerspruch, den das Straßenbild aufweist, klappt durch das Leben der Bevölkerung von Warschau über. Kein Mensch ist einen Tag lang vor Hausjuchung und Verhaftung sicher — und Varieteebühnen, Kinematographen-Gasse, Zirkus und Menagerie netzeln um die Gunst der Schaulustigen. Die Gefängnisse sind überfüllt mit Tausenden von Politischen, Männern und Frauen, die oft wochenlang am nötigsten Mangel leiden, bevor ihre hilfswilligen Freunde zu ihnen Zutritt erlangen — und man amüsiert sich auf Wällen und Tanztränzen. Keine Woche vergeht ohne kriegsgerichtliche und standrechtliche Hinrichtungen durch Pulver und Blei oder durch den Strang, wobei es den Offizieren ein besonderes Pläsier bereitet, die sozialistischen „bewaffneten Kämpfer“ mit gemeinen Räubern und Einbrechern möglichst unterschiedslos durcheinanderzuwerfen, als gälte es, hundertmal und hundertmal den Geilstand zwischen zwei Schächern zu kreuzigen — und die Zeitungen sind voll von Berichten über Wählerversammlungen und Wahlmännerversammlungen.

Diese Wahlen aber sehen wesentlich anders aus als die vorjährigen. Man muß es den polnischen Nationaldemokraten lassen, daß sie ihre damaligen Fehler mit ebensowiel Geschick als Dreistigkeit auszulöschen streben. Sie wollen in der Duma nicht als isolierte Vertreter einer einzelnen Partei aufmarschieren, sondern sich den Anschein einer vollständigen Vertretung der ganzen Bevölkerung Polens geben. Dazu braucht der künftige Polenklub neben der kompakten nationaldemokratischen Mehrheit natürlich auch verschiedene mancierte Hilfsgruppen. Um sich die Annäherung solcher Hilfsgruppen von links und rechts zu erleichtern, haben die Nationaldemokraten das Schlagwort der „nationalen Konzentration“ ausgegeben. Um den Preis dieser Gemeinbürgerschaft haben sie im Vorhinein auf ein Drittel der Mandate verzichtet; sieben davon haben sie den Agrarkonservativen eingeräumt, die sich hier „Realisten“ nennen, fünf dagegen der Polnischen Fortschrittspartei, einer gemäßigt-liberalen Gruppe, die ähnlich wie einst die Begründer des deutschen Nationalliberalismus „durch Einheit zur Freiheit“ marschieren möchte.

Statt ferner wie im Vorjahr die jüdischen Wähler durch herrliche Unduldsamkeit einzuschüchtern, haben die Nationaldemokraten diesmal einen von interkonfessioneller Nächstenliebe förmlich kriegsenden Wahlaufmarsch an ihre jüdischen Mitbürger erlassen, worin sie die Geister der jüdischen Teilnehmer an den polnischen Wahlen aus ihren Gräbern heraufbeschwören und an die Judenfreundlichkeit der revolutionären Nationalregierung von 1863 erinnern. Es hat sich auch bereits ein Komitee angesehener jüdischer Bourgeois gebildet, das die Juden auffordert, sich als treue Söhne Polens der „nationalen Konzentration“ anzuschließen. Auch diese Gruppe dürfte für ihre guten Dienste mit einem oder zwei Provinzialmandaten abgelohnt werden. Ueberdies ist es wahrscheinlich, daß die Nationaldemokratie diesmal nicht bloß eine größere Anzahl von Wahlkreisen an häuerliche Kandidaten vergeben, sondern auch ein paar nationaldemokratische Fabrikarbeiter auf ihre Liste setzen wird. An solchen Arbeiten ist ja leider kein Mangel, wie denn überhaupt die Nationaldemokratie, ähnlich dem Zentrum im Deutschen Reich, über zahlreichen Anhang auch in den arbeitenden Klassen verfügt.

Diesem wohlgeschlossenen „Bündel der Rechten“ steht ein erst im Werden begriffener „Bündel der Linken“ gegenüber. Die an den Wahlen teilnehmenden sozialistischen Organisationen*) sind entschlossen, ein Wahlbündnis einzugehen mit der bürgerlichen Linken, das heißt mit der polnischen „fortschrittlichen Demokratie“, den Gesinnungsgenossen Bednickis. Die fortschrittliche Demokratie ihrerseits ist nicht nur zu einem solchen Bündnis bereit,

sondern handelt so, als ob das Kompromiß längst abgeschlossen wäre. Von den beiden Kandidaten, die sie für Warschau aufgestellt hat, gehört nur einer ihren eigenen Reihen an, nämlich der greise Dichter und Philosoph Alexander Swientochowski; ihr anderer Kandidat dagegen ist der den Lesern der „Neuen Zeit“ und der russischen radikalen Presse wohlbekannte Nationalökonom Krzywicki, ein rühmlicher Verfechter der Klasseninteressen der Arbeiterschaft, der bei seinem Auftreten in den Wählerversammlungen um seines Haares Breite von seiner Ueberzeugung abweicht. Soll also schon einmal gewählt werden, so wäre just dieses Kompromiß sehr annehmbar.

Und doch ist der „Bündel der Linken“, streng genommen, nur erst Projekt. Die an der Sache beteiligten sozialistischen Fraktionen haben es eben, allen Parteitagbeschlüssen zum Trotz, seelisch noch nicht fertig gebracht, sich dem plötzlichen Umschwung ihrer Taktik restlos anzupassen. Vor weniger als einem Jahre haben sie jeden, der in „die zarische Duma, die tsokajische Duma, die Schandduma“ wählen wollte, Verächter geschimpft und womöglich auch als Verräter behandelt; nun sollen sie selbst wählen, trotzdem der Kriegszustand im ganzen Lande noch fort dauert, das Wahlrecht aber inzwischen abseufzlich verschlechtert wurde. Vor weniger als einem Jahre haben sie die russischen Kadetten als betrügerische Volksfeinde gebrandmarkt; nun sollen sie für einen polnischen Liberalen stimmen, der zwar nicht schlechter, aber auch nicht besser ist als die Kadetten. Der Sprung ist zu jäh.

Die überwiegende Mehrzahl der Sozialisten Russisch-Polens aber, nämlich die Mitglieder beider Fraktionen der P. P. S., halten sich nach wie vor von den Duma-abhängigen. Wollig klar und eindeutig ist die Haltung der revolutionären Fraktion. Diese Richtung erwartet auf lange hinaus nichts vom russischen Parlamentarismus, da sie erstens nicht glaubt, daß die Duma imstande sein werde, sich aus einem Scheinparlament in ein wirkliches Parlament mit geschickten Gesetzgebungsrechten umzuwandeln, und zweitens der Meinung ist, auch ein wirklich gesetzgebendes allrussisches Zentralparlament würde die unterjochten Fremdvölker, trotz anfänglicher Versuchungsbewärmerei, auf die Dauer nicht besser behandeln als etwa das englische Parlament zu Palmerstons und Disraelis Zeiten die Irländer. Sie erwartet das Ziel überhaupt nicht von einem Zentralparlament, sondern von selbständigen Parlamenten der einzelnen Nationen, also von einer politischen Neuordnung, die auf friedlichem Wege sicher nicht zu erlangen ist.

Weniger klar ist die Taktik der gemäßigten Fraktion der P. P. S. Sie ist auf dem halben Wege zwischen Separatismus und Zentralismus stehen geblieben, was eine konsequente Haltung beträchtlich erschwert. Sie setzt ihre Hoffnungen auf eine rasche Demokratisierung der zentralen Reichsgewalten; jomit sollte sie eigentlich wählen gehen. Das tut sie aber nicht, sondern boykottiert die Wahlen. Sie hat sich eben bis jetzt auch nicht davon zu überzeugen vermocht, daß das schwierige Unterfangen der Wahlbeteiligung genügenden Nutzen verspreche. Ist es doch wahrhaftig fraglich, wessen Leben stärker gefährdet ist: das eines Wojowiec (bewaffneten Kämpfers), den im Falle der Gefangennahme erst die raffiniertesten Foltern, dann Pulver und Blei erwarten, den aber doch bis auf weiteres das Geheimnis schützt; oder das eines ehrlich arbeitervreundlichen Duma-kandidaten, der sich den zarischen Wählern offen als Ziel-jache darbietet. S p e c h a c h e r.

Aus der Parteibewegung.

Parteivorstand und Stichwahlen. In Süddeutschland haben die Sozialdemokraten Stichwahlbündnisse mit dem Zentrum abgeschlossen, die Straßburg der Sozialdemokratie eroberten, andererseits aber auch für den Demokraten Klumenthal zwei Stichwahlen ungunstig beeinflussten. Auch in Württemberg und in Bayern hat das Zentrum von solchen Stichwahlbündnissen profitiert. Auf diese Vorgänge bezieht sich nun folgende

Erklärung.

In der Abendausgabe des „Berliner Tagesblatts“ vom 6. d. M. wird in einer Besprechung über den Ausfall der Wahlen in Württemberg und mehreren süddeutschen Wahlkreisen behauptet, der sozialdemokratische Parteivorstand habe für die erwähnten Wahlkreise eine besondere Stichwahlparole ausgegeben und wird speziell unser Kollege Bebel beschuldigt, in diesem Sinne gewirkt zu haben.

Diese Angaben entbehren jeden Grundes. Wir, der Parteivorstand, und speziell auch der Kollege Bebel, der sich in jenen Tagen auf einer Wahlagitationsreise in Süddeutschland befand, haben sofort, soweit wir Kunde von den Stichwahlplänen unserer Parteigenossen in Württemberg, Straßburg und Fürtch-Schwabach erhielten, zum Teil schriftlich, zum Teil persönlich diesen Plänen entgegen gewirkt. Daß wir so wenig Erfolg damit hatten, ist nicht unsere Schuld. Erklärlich ist dieses Verhalten unserer süddeutschen Genossen, nachdem sie aus der gegnerischen, speziell der freisinnigen Presse Norddeutschlands erfahren hatten, in welcher reaktionären Weise sich die Freisinnigen der verschiedenen Richtungen in einer großen Anzahl von Wahlkreisen verhielten, in denen sie die Entschcheidung in der Hand hatten und in denen sie zugunsten der reaktionärsten Kandidaten gegen die sozialdemokratischen Kandidaten sich entschieden.

Trotz alledem hat ein erheblicher Teil der Abgeordneten der verschiedenen freisinnigen Parteien seine Wahl nur der sozialdemokratischen Hilfe zu verdanken, während nur das Umgekehrte, mit ganz vereinzelt Ausnahmen, nirgend zu konstatieren vermag.

Berlin, den 7. Februar 1907.

Der Parteivorstand.

Ergänzt wird diese Erklärung durch folgende Zuschrift des Landesvorstandes der Sozialdemokraten Württembergs an den Stuttgarter „Beobachter“:

In heutiger Nummer des „Beobachter“ veröffentlichen Sie unter der Epigraphik „Die Hinterlist der sozialdemokratischen Parteileitung“ einen Brief, unterzeichnet: „Der Landesvorstand. J. M.: Karl Oster“, worin unsere Parteigenossen im 7. Wahlkreis, entgegen der für dort

festgelegten, auf Wahlenthaltung lautenden Stichwahlparole, aufgefodert werden, gegen den Volkspartei-Scheidhardt und für den Konservativen Adlung zu stimmen.

Es ist leider Tatsache, daß dieser Brief von dem im Parteibureau beschäftigten Hilfsarbeiter Oster an Parteigenossen des 7. Wahlkreises geschrieben wurde. Davon hatte jedoch weder der Parteisekretär Wasner, noch sonst irgend ein Mitglied des Landesvorstandes Kenntnis. Die dem Schreiben angehängte Unterschrift war deshalb nach jeder Richtung unberechtigt. Wir stehen auch nicht an zu erklären, daß wir dieses eigenmächtige Vorgehen des Genossen Oster entschieden verurteilen und eruchen Sie, Ihren Lesern durch Abdruck dieser Zeilen hiervon Kenntnis zu geben.

Stuttgart, den 5. Februar 1907.

Für die Mitglieder des Landesvorstandes der Sozialdemokraten Württembergs:

Ed. Steindrenner, Friedrich Fischer, Wilhelm Rowald, J. Harzer, Wilhelm Schwaab.

J. M.: Otto Wasner, Sekretär.

Die Parteipresse und die Reichstagswahl. Die „Schwäbische Tagwacht“ richtet folgende Aufforderung an die Adresse des Parteivorstandes: Das Ergebnis der Wahlen wird noch zu mancherlei Betrachtungen Anlaß geben. Es müssen die Lehren aus diesem Kampfe gezogen, es müssen vor allem die nächsten Zukunftsaufgaben der Partei besprochen werden. Dazu wird sicherlich der nächste Parteitag Gelegenheit bieten. Über unsere Parteipresse kann und darf mit der Erörterung dieser Fragen nicht bis dahin warten. Sie wird Stellung nehmen, Anregungen geben, Vorschläge machen müssen zu den Dingen, die in unserer ersten Linie zu tun sind. Dabei muß selbstverständlich der Meinungsfreiheit vollster Spielraum gelassen werden. Aber so manches Mißverständnis, so manche Geizigkeit, so mancher Zusammenstoß kann vermieden werden, wenn unter den Vertretern der Parteiredaktionen bald eine mündliche Aussprache stattfindet. Nach Mitteilungen des Parteivorstandes auf dem letzten Parteitag war ohnedies für das laufende Parteijahr eine Zusammenberufung der politischen Redakteure der Parteipresse geplant. Jetzt, nach Beendigung des Wahlkampfes, den man auf dem letzten Parteitag nicht in Rechnung stellte, ist der geeignetste Zeitpunkt für eine solche Konferenz gekommen. Wir richten deshalb an den Parteivorstand das Eruchen, sich bald mit der Frage der Einberufung der geplanten Konferenz zu befassen und den Termin so bald als möglich festzusetzen. Je rascher das geschieht, um so nützlicher wird es der Partei sein. Es gibt mancherlei dringende Aufgaben der Partei zu besprechen und in Angriff zu nehmen, in denen ein einheitliches, geschlossenes Handeln der Parteipresse äußerst wünschenswert erscheint, weil es den größten Erfolg garantiert.

Die Kollegen von der Parteipresse bitten wir, zu diesem Vorschlag Stellung zu nehmen und ihn zu unterstützen.

Wir unsererseits schließen uns diesem Wunsche unserer Stuttgarter Kollegen an. Eine Konferenz der Parteiredakteure ist geplant, das hat uns ein Mitglied des Parteivorstandes erst dieser Tage mitgeteilt. Möge sie nun recht bald stattfinden und mögen über den Parteiredakteuren die Parteisekretäre nicht vergessen werden, deren Zusammenkommen genau so dringlich ist.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Achtung, Fleischerstreik und Boykott! In Eisenberg in Thüringen stehen seit dem 10. Januar die Fleischergehilfen in sämtlichen Wurstfabriken im Streik, weil ihnen die Wurstfabrikanten folgende Forderungen nicht bewilligten: 1. elfstündige Arbeitszeit, 2. 40 Pf. pro Leberpunde, 3. Sonntagsarbeit nur in Notfällen, und weil einige Wurstfabrikanten wegen der gestellten Forderungen einen Teil der Gesellen gemahregelt hatte. In Betracht kommen im ganzen 142 Gesellen (darunter 63 verheiratete mit 111 Kindern). Die Wurstfabrikanten haben jede Verhandlung rundweg abgelehnt. Sie verlangen bedingungslose Wiederannahme der Arbeit, Einzelmeldungen in den Fabriken und Einstellung nach Bedarf, Austritt aus der Organisation und Aufhebung des Boykotts über diejenigen Fleischermeister, welche in den Wurstfabriken die Arbeit der streikenden Gesellen fertig gestellt haben. Die streikenden beschlossen demgegenüber einstimmig, unter diesen Umständen im Streik auszuhalten. Das Gewerkschaftsrat in Eisenberg hat im Einverständnis mit den Streikenden um den Boykott über sämtliche Eisenberger Wurstfabriken verfügt. Die Hauptabgabengebiete der Eisenberger Wurstfabrikanten sind Konsumvereine, Warenhäuser, Fleischwaren-, Delikatessen- und Kolonialwarenhandlungen. Diese verpflichten die Eisenberger Wurstwaren unter dem Namen „Thüringer Wurst“. Wir eruchen deshalb alle Gewerkschafts- und Parteigenossen, ganz besonders aber deren Frauen, die streikenden Fleischergehilfen in ihrem schwereren Kampfe dadurch zu unterstützen, daß sie sämtliche „Thüringer Fleisch- und Wurstwaren“ bis zur Aufhebung des Boykotts nicht kaufen. Zentralverband der Fleischer und Berufsgehilfen Deutschlands.

Zur Holzarbeiterausperrung in Kiel. Am Montag abend hielten die Kieler Holzarbeiter eine Versammlung im „Englischen Garten“ ab, in der auch der letzte Holzarbeiter vertreten war. Von der Versammlung wurde die Ausperrung als das bezeichnet, was sie in Wirklichkeit ist, nämlich ein brutaler Kontraktbruch. Die Unternehmer hätten einfach, um etwaigen Verhandlungen aus dem Wege zu gehen, die Ausperrung vorgenommen. Geiparth vom Parteivorstand bezeichnete das Vorgehen der Unternehmer als offenen Kontraktbruch, das klar erkennen lasse, daß die jegliche Ausperrung nur dazu benutzt werden solle, um den Berliner Meistern Hilfe zu leisten. Die Meister in Kiel hätten wenigstens noch einen Scheinangabe, womit sie die Ausperrung rechtfertigen wollen. In Burg bei Magdeburg grenze es aber geradezu an Unmöglichkeit, wie die dortigen Unternehmer die Ausperrung begründen haben. Vor drei Vierteljahr hätten die dortigen Tischler über eine Werkstelle die Sperre verhängt. Die Sperre sei nach Beilegung der Differenzen aufgehoben und mit dem Unternehmer ein Vertrag abgeschlossen worden. Den Vorgang benutzen jetzt die Unternehmer, um auszusperren, indem sie das damalige Verhalten der Tischler als Vertragsbruch bezeichneten. Geiparth führte dann noch eine Reihe von Städten an, in denen von den Unternehmern der Vertrag gekündigt worden sei. Das Bestreben der Unternehmer gehe offenbar dahin, den Holzarbeiterverband in möglichst viele Kämpfe hineinzuziehen, um ihn auf lange Jahre aktionensfähig zu machen. Aber die Unternehmer möchten sich auf den Kopf stellen, es werde ihnen nicht gelingen, den Verband klein zu kriegen. Sie würden schon gewahrt werden, wer der Stärkere sei.

Eine andere Frage sei es, ob der Vorstand sich nicht gezwungen sehe, in der Frage der Tarifverträge seine Taktik zu ändern. Der Vorstand stehe sonst auf dem Standpunkt, daß gute Tarifverträge für beide Teile gewinnbringend seien. Wenn die Unternehmer möchten sich auf den Kopf stellen, es werde ihnen nicht gelingen, den Verband klein zu kriegen. Sie würden schon gewahrt werden, wer der Stärkere sei.

Eine andere Frage sei es, ob der Vorstand sich nicht gezwungen sehe, in der Frage der Tarifverträge seine Taktik zu ändern. Der Vorstand stehe sonst auf dem Standpunkt, daß gute Tarifverträge für beide Teile gewinnbringend seien. Wenn die Unternehmer möchten sich auf den Kopf stellen, es werde ihnen nicht gelingen, den Verband klein zu kriegen. Sie würden schon gewahrt werden, wer der Stärkere sei.

*) Es sind dies: 1. die sogenannte „Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauen“, 2. die in Polen vorhandenen Mitgliedschaften des „Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes“, und 3. die Mitgliedschaften der „Jüdisch-sozialistischen Arbeiterpartei“. Die beiden erstgenannten Organisationen sind als autonome Abteilungen der gesamtjüdischen Sozialdemokratie angegliedert, während die jüdisch-sozialistische Arbeiterpartei, ebenso wie die beiden Fraktionen der P. P. S., wie ferner die litauische sozialdemokratische Partei und der weisrubinische sozialistische Verband ein völlig selbständiges Dasein führen.

Gegen dieselben Mitglieder, welche diesen Anordnungen zuwiderhandeln, wird mit allen uns zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln unnahe sichtlich vorgegangen werden.

Die Krieger-Volzarbeiter werden übrigens wegen Vertragsbruchs gegen den Schutzverband der Holzindustriellen auf Schadenersatz klagebar werden, und es unterliegt keinem Zweifel, daß sie ein obliegendes Urteil erreichen. Hat doch erst kürzlich das Hamburger Landgericht im umgekehrten Falle den Holzarbeiterverband für schadenersatzpflichtig erklärt, weil seine Mitglieder in Hamburg durch Arbeitsruhe am 1. Mai Kontraktbrüche begangen hätten. Bei der Krieger-Arbeitsruhe liegt der Kontraktbruch der Unternehmer aber klar auf der Hand.

In dem Kampfe der Berliner Holzarbeiter und Automobilfahrer ist noch keine Aenderung eingetreten. Zugunsten ist nach wie vor zu vermeiden.

Die Schneider in Belgien haben den Meistern einen neuen Joghutaris zugestimmt. Für den Fall der Ablehnung soll sofort in Streik eingetreten werden.

Die Textilfabrikanten in Pöchlarn verharren auf ihrem ablehnenden Standpunkt. Von den Arbeitern ist das Gewerkschaftsgericht als Einigungsamt angerufen worden. Scheitern die Verhandlungen, dann ist ein Streik unvermeidlich.

Färberarbeiterloshbewegung in Gera und Umgebung. Die Arbeiter aus den Betrieben der Konvention sächsisch-thüringischer Färbereien und Appreturanstalten übermitteln durch ihre Vertrauensleute den Unternehmern verschiedene Forderungen. Die Lohnbewegung erstreckt sich auf die Orte Gera, Greiz, Weida, Wöhlsdorf, Reichensbach, Meerane, Glauchau usw.

Dresdener Justiz. Das Dresdener Landgericht lehnte die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen den Leiter des schlesischen Eisenindustriellen-Verbandes, den Direktor der Waggonfabrik Linke, Aktien-Gesellschaft, Regierungsrat Glasenapp, u. Gen. wegen Verurteilung, begangen durch Massenaussperrung Dresdener Metallarbeiter, die zu dem bekannten Polizeigemeisel am Strieghauer Platz führte, ab.

Damit hat die Dresdener Justiz ein neues Vorbeispiel in ihren Aufnahmestanz gezeichnet. Von dem Metallarbeiterverband war die Einleitung des Strafverfahrens beantragt worden, um zu konstatieren, ob wirklich die Justiz einen andern Standpunkt einnehmen würde, wenn es sich um Unternehmer, einen andern, wenn es sich um Arbeiter handelt. Das Landgericht hat den Schwarzsehen recht gegeben!

Provinz und Umgebung.

Gracau-Prestier, 8. Februar. (Kongressverein-Ver- sichtigung.) Die schon vor längerer Zeit geplante Versammlung der Einrichtungen des Kongressvereins Neudorf findet am 9. Februar, abends 9 Uhr, statt. Alle Parteigenossen, die ein Interesse daran haben, sich von der mangelhaften Einrichtung der Gewerkschaftsbüroen zu überzeugen, sind eingeladen. Es wäre wünschenswert, daß sich besonders viele Frauen daran beteiligen. Der Abmarsch erfolgt Punkt 8 Uhr vom Eingang des Dorfes bei Brandenburger aus.

Häckerleben, 8. Januar. (Gewerbegericht.) Der Buchhändler H. Weigelt klagte gegen die Firma Poppe u. Unger auf Zahlung von 30,37 Mark. Weigelt war damit beschäftigt, Papier zur Tintenherstellung zu schneiden. Hierbei war er gezwungen, nachdem das sonst an der Maschine gebräuchliche Messer stumpf geworden, ein Hilfsmesser zu benutzen. Dieses Hilfsmesser verlegte, als Weigelt die sonst üblichen Quanten Papier zum Schneiden unterlegte. Hierbei wurde die Maschine beschädigt. Der Schaden wurde von der Beklagten auf 35 Mark geschätzt. Die Beklagte machte den Kläger ersatzpflichtig und behielt zunächst 10 Mark vom Lohn ein. Hiergegen erhob Weigelt Klage, worauf die Firma bis zum Stattfinden des Termins den gesamten Lohn von 20,37 Mark einbehielt. Im Termin machte die Beklagte geltend, es sei der Lohn für den Schaden nicht aufgerechnet, sondern nur zurückgehalten. Leider kam es nicht zu einem prinzipiellen Urteil, weil ein Vergleich zustande kam. Die Firma erklärte sich mit der Zahlung von 10 Mark abgefunden. Bemerkenswert war, daß als Beistand der Beklagten ein Bureauvorsteher im Termin tätig war. Nach dem Geheiß sind Rechtsanwältinnen und Personen, welche Vertretungen gewerkschaftlich ausüben, bei dem Gewerbegericht ausgeschlossen. Für Bureauvorsteher, welche überhaupt keinen andern Beruf als Bearbeitung von Rechtsfällen innehaben, trifft das wohl nicht zu!

Burg, 8. Februar. (Krankheit oder Methode?) Das „Burger Tageblatt“ scheint sich bei den verlassenen Reichstagswahlen die bei Schafen typische Drehkrankheit angezogen zu haben. Es liest sich nämlich in seiner letzten Nummer folgendes Einfall:

Ein Teil der hiesigen Tischlergesellen ist heute wegen Lohnfälligkeit in den Auspost getreten. Die Gesellen verlangen 5 Prozent Sozialzulage und wollen wöchentlich vier Schränke fertigen.

Das mußte erst kommen, was die Arbeiter, die rechtmäßigiger- weise auf die Gültigkeit des am 15. März 1906 mit den Arbeitgebern abgeschlossenen Vertrags bestehen, die aber durch Maßnahmen der Arbeitgeber-Schutzverband am 20. Februar ausgesetzt werden sollen, in die nächste Summe zu versetzen. Die meisten werden sich wundern über die ihnen angebotene Verweigerung, vier Schränke machen zu wollen in einer Woche, das ergäbe nämlich einen Durchschnittslohn von 100 Mark — in Südpfalzen: Einhundert Mark — pro Woche abzüglich der Kosten für Holzmaterial, wofür bisher jeder trotz geringen Lohnes in drei Wochen an höchstens vier Schränke fertig bringen konnte. Und dann noch der wunderbare „Sozialzulage!“ Diese Gelder sind sich jedoch bisheriger zu erlangen dadurch, daß sie das „Tageblatt“ zwar weiter liefern lassen, aber die Abonnementsgelder für das „Tageblatt“ sparen. In den Differenzen im Burger Holzgewerbe ist zunächst zu melden, daß infolge der zum 20. Februar angekündigten Aussperrung die Arbeiter in Betrieben, in denen kein Kündigungszustand bestand, sofort am 7. Februar die Arbeit niedergelegt haben. Die Zahl derselben beträgt 48 aus 5 Betrieben. — Bezug von Holzarbeitern nach Burg muß strengstens fern gehalten werden.

Burg, 8. Februar. (Wahlhumor.) Wir berichteten schon kurz, daß bei der Sonntagmorgen Wahl zum ungünstigen Ergebnis abgegangen wurden. So hat der durch seinen Genie nicht berühmt gewordene Kandidat Hauptmann Wilhelm Voigt am Sonntagmorgen 20 Stimmen erhalten. Das hat er sich gewiß nicht nehmen lassen. Auch der Kandidat „ganz naeg!“ erhielt in Schrägen eine Stimme. In einem hiesigen Wahllokal hatte ein sehr junger Knabe auf einen Stimmgeld ein Bild angeklebt, eines Hais darstellend und darunter das Wort geschrieben: Kater! Es wäre besser gewesen, wenn das nicht gewesen wäre.

(Berunglückt) ist der Schlosser G. Grabmann in der Waghanssion des Staatsbahnpost局的 dadurch, daß er beim Aufstellen der Maschine mit der rechten Hand ins Getriebe geriet, wobei er sich den Fingergräten zerquetschte.

(Eingeführt) in sein Amt wird am 14. d. M. der zum Ersten Bürgermeister gewählte und kürzlich bestellte Bürgermeister Schwarz.

Hessler, 8. Februar. (Der deutsche Arbeiter ist sehr dumm.) So behauptete am Sonntagmorgen ein Herr in einer Diskussion über den Sozialismus. Dem Herrn hätte für seine Behauptung eine energische Jureconsultation gehören, denn wenn der Arbeiter unwissend ist, so ist es nicht seine Schuld, sondern die Schuld daran, die alle Bildungsbestrebungen der Arbeiter zu hindern suchen. Aber wir müssen dem Herrn vergeben, denn er war so „lang-Jahre“ im Reich als Vertriebenen zu sehen, so es bis vor kurzer Zeit noch recht hübsche Redensarten gab.

ihm der Boden unter den Füßen zu heiß wurde, kehrte er nach Deutschland zu Verwandten zurück. Er gab an, selbst in letzter Zeit Geld in Südwestafrika angelegt zu haben, und zwar in der Baumwollproduktion, von der er sehr viel erhofft. Ob dieses wahr ist, wissen wir zwar nicht, es ist aber ziemlich unwahrscheinlich. Wenn aber der Herr Lust hat, weiter mit der dummen deutschen Arbeiterschaft bekannt zu werden, so möchten wir ihn ersuchen, sich recht oft in ihrer Mitte sehen zu lassen. Vielleicht ändert er seine Ansichten.

(Wohlfahrtlos.) In den Forsten des Fürstentums Stolberg-Wernigerode wird eine große Anzahl Holzarbeiter beschäftigt. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind die schlechtesten. Aber bei allem sollte man doch erwarten, daß für die Arbeiter im Alter und bei Krankheit etwas gesorgt würde. Doch wer dies glaubt, der irrt sich gewaltig. Dem Holzarbeiter Haupt, der seit seiner frühesten Jugend im Forste tätig war und nun alt und arbeitsunfähig ist, wurde dieser Tage die Wohnung, die er seit langer Zeit bewohnt, gekündigt. So geht's: erst nutzt man die Arbeitskraft bis auf äußerste Aus, dann scheidet man den ausgemergelten Arbeiter auf die Straße. Und trotz alledem ist für den deutschen Arbeiter gesorgt bis ins hohe Alter hinein.

Dichtleben, 8. Februar. (Sieben Kinder — neun Mark Wochenlohn.) Im amtlichen Kreisblatt für Dichtleben, einer Zeitung, die in der Wahl mit den schmutzigsten und niederträchtigsten Mitteln gegen die Sozialdemokratie arbeitet und außerdem in jeder Nummer „bewies“, wie gut es dem deutschen Arbeiter trotz Freischaltung und Steuerlast geht, finden wir folgendes Eingekauft:

Eine hiesige Arbeiterfamilie, Vater, Mutter und sieben Kinder, von welchen das jüngste erst wenige Wochen alt ist und zwei andere krank sind, befindet sich bei dem gegenwärtigen karglichen Verdienst des Ernährers (wöchentlich neun Mark) in größter Not. Wie uns von sehr glaubwürdiger Seite versichert wird, sind die Leute brav und sittlich gänzlich einwandfrei. Deshalb würden wir Menschen, die durch ihr Scherfen der großen Not um das tägliche Brot streuen wollen, werden gebeten, milde Gaben an die Redaktion des amtlichen Kreisblattes gütigst gelangen zu lassen.

Neun Mark für neun Personen, bei bitterer Kälte, ist gewiß hart; das Kreisblatt sollte nur Ansehen halten und es wird noch viele Familien finden, die ohne jeden Verdienst sind. Wollte es alle die Not lindern, könnte es in Dichtleben Sommer und Winter milde Gaben sammeln, und sie würden sich doch nur als Tropfen auf heißem Stein erweisen. Wenn aber die Dichtlebener Arbeiter höheren Lohn von ihren Ausbeutern verlangen, dann wird das gesinnungswidrige Blatt an erster Stelle stehen, um die Arbeiter mit Schmutz zu bewerfen. Arbeiter von Dichtleben, Horschhausen und ihr in den andern Orten, wie lange noch wollt ihr dieses Blatt in euren Wohnungen dulden?

Stendal, 8. Februar. (Vom Zuge erfaßt) und getötet wurde am Donnerstag früh bei Groß-Müritzen ein Bahnarbeiter. Der Arbeiter, der auf der Krone des Bahndammes entlang ging, wollte den von Stendal kommenden Morgenzug ausweichen und betrat dabei das andere Gleis, wo gerade der Dehlsfelder Personenzug heranbrauste, dessen Maschine ihn im Rücken traf.

Thale, 8. Februar. (Einwohnerzahl von Thale.) Nach der letzten Zählung im Monat Dezember 1906 beträgt die Zahl der hiesigen Einwohner 14.226. Davon sind 7668 männliche und 6558 weibliche Personen. Im Monat September v. J. betrug die Einwohnerzahl 13.977 Personen. Wir haben hier mit einer fortwährenden Zunahme der Bevölkerung zu rechnen. Der Zuzug und Fortzug ist sehr stark; so ist festgestellt, daß von den circa 5000 Arbeitern und Arbeiterinnen, welche das Häutenwerk beschäftigt, jährlich über 1000 die Arbeit aufnehmen und wieder verlassen.

(Der Verkauf von Fischen) wird hier durch Insuperate bekannt gegeben, in deren einem es heißt: „Mit Rücksicht auf die hohen Fleischpreise wird im Interesse der hiesigen Einwohnerschaft seitens der Gemeindeverwaltung in nächster Zeit — zunächst vorläufig — regelmäßig wöchentlich einmal eine größere Menge Fischwaren (Schellfisch und Seelachs) bestellt, um dieselben zum Selbstkostenpreis abzugeben. ... Der Gemeindevorsteher: Schönermark.“

Ein zweites lautet: „Meinen werten Kunden, sowie den geehrten Einwohnern von Thale zur Nachricht, daß ich leider dazu gezwungen bin, bis auf weiteres wöchentlich zwei billige Fischtage einzurichten und Schellfisch und Seelachs zu und unter dem Selbstkostenpreis abgeben werde. Ich empfehle Donnerstag und Freitag ab Wagen und aus meiner Fischhülle Schellfisch und Seelachs à Pfund 15 Pfg., alle anderen Waren außerst billig und bitte meine werten Kunden, mir nicht unnen zu werden, damit ich meine Steuern, welche, wie bekannt, in Thale nicht die niedrigsten sind, pünktlich bezahlen kann.“ — Es ist für die in Frage kommenden Händler zweifellos eine Schädigung ihres Geschäfts, und man begreift, daß sie mit dem neuen Konkurrenten nicht einverstanden sind. Den Konsumenten kann man es in der gegenwärtigen Zeit nicht verdenken, wenn sie kaufen, wo es am billigsten ist. Dazu sind jedoch die hohen Fleischpreise keineswegs berechtigt. Wenn es wahr wird, sind diese Waren leicht dem Verderben ausgelieft, es unterbleibt der Hundel dann wieder. Ist es den Behörden tatsächlich Ernst, die hohen Fleischpreise zu beseitigen, dann mögen sie durch Eingaben bei der Regierung oder bei dem neugeborenen Reichstag dafür Sorge tragen, daß die hohen Preise auf die Lebensmittel abgeheftet und die Grenzen für die Einfuhr von Schlachttierfleisch geöffnet werden. Damit wäre dem konsumierenden Publikum und auch den kleinen Wirtschaften am besten gekollert.

Wernigerode, 8. Februar. (Die „Volksstimme“.) Der letzte Wahlkampf hat uns eine große Zahl neuer Wähler gebracht, welche jeder dafür, daß diese Wähler uns nicht nur erhalten bleiben, sondern ihrer Macht werden; hinaus mit den hiesigen Wählern. Die uns bei den letzten Wahlen beschimpft und beschuldigt haben, Bestellungen auf die „Volksstimme“ nehmen zu jeder Zeit die Ansträger entgegen.

(Echtung, Parteigenossen!) Am Sonntagabend, abends 8 Uhr, findet im „Volksgarten“ eine Versammlung des Wahlvereins statt. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung: Was lehrt uns die letzte Reichstagswahl? Agitation und Neuwahl der Ortsverwaltung, ist es Pflicht eines jeden Genossen, zu erscheinen.

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg. Sitzung vom 7. Februar 1907.

Gegen die in der diesjährigen 1895 und 1896 sind angeklagt: die Arbeiter Willi König, geboren 1856, Franz Wendt, geboren 1857, Emil König, geboren 1856, Otto Schulle, geboren 1855, Friedrich Kaufmann, geboren 1890, Friedrich Möllmann, geboren 1891, Leo Janfom, geboren 1889, Albert Linzstedt, geboren 1888, Leo Reichert, geboren 1891, Wilhelm Pfaffe, geboren 1890, Otto Dannmann, geboren 1889, Hans Grundmann, geboren 1889, jener Karl Bernide, geboren 1893, Gustav Sabiga, geboren 1893, der Arbeiter Ernst Bernide, geboren 1890, Willi Winkler, geboren 1892, Franz Reich, geboren 1893, Walter Dietmar, geboren 1893, von hier, und der Handwerksmann Heinrich Peine zu Klein-Dietzleben, geboren 1843. Peine kaufte im Februar und März 1906 von den Angeklagten Weintraube, Pfefferkörnungsmehl und andre Waren ab, die aus dem Grundstück des Kaufmanns Sigmund Kaufmann gebohrt waren. Auf Grund des Beweisergebnisses wurden verurteilt wegen einfachen Diebstahls h. M. Kaufmanns- Strafe und Gefängnis: König zu 5 Wochen Gefängnis, Wendt zu 1 Monat Gefängnis, Schulle und Kaufmann zu je 3 Wochen Gefängnis, Janfom zu 10 Tagen Gefängnis, Möllmann, Pfaffe, Grundmann, Karl Bernide, Sabiga, Ernst Bernide, Winkler und Peine zu je 1 Woche Gefängnis, Reichert, Dietmar, Reichert zu je 3 Tagen Gefängnis, Reich und Dietmar zu je einem Verweis, König wurde freigesprochen.

Revolvierergeschichte. Der Versicherungsbüchling Karl Haase hier, geboren 1859, war etwa 2 Jahre und 8 Monate in der Gefangnis bei dem Generalgouverneur Siggert. Es gefiel ihm im Mai 1906 dort nicht mehr, als 20 Mark, die Haase dem Lehn-

herrn unterschlug, reiste er am 28. Mai nach Leipzig, wo er für einen Revolver kaufte, um angeblich den Lehnherrn damit zu erschrecken. Am 28. Mai vormittags 9 1/2 Uhr betrat Haase das Zimmer der Frau Wiggert und gab ohne jeden Grund einen Schuß auf sie ab, der die rechte Wade traf. Frau Wiggert rief: „Was wollen Sie?“ und flüchtete. Haase verfolgte sie und gab noch mehrere Schüsse ab, wovon zwei den Kopf der Frau Wiggert trafen. Sie war 3 Wochen lang arbeitsunfähig. Haase gibt an er habe die Frau nicht getroffen, sondern nur erschrecken wollen. Er wisse selbst nicht, wie er dazu gekommen sei, er habe die Romane gelesen. Nach dem Gutachten der ärztlichen Sachverständigen ist Haase Epileptiker und hat sich zur Zeit der Tat in einem bewusstlosen Zustande befunden. Die Kammer erkannte demgemäß auf Freisprechung.

In Nausch. Der Schlosser Franz Fischer hier, geboren 1870, erhielt vom Schöffengericht am 28. November 1906 wegen Erregung ruhestörender Lärmes 3 Tage Haft, wegen Mißhandlung gegen die Staatsgewalt in Verbindung mit Körperverletzung 6 Wochen Gefängnis. Der Vorgang ereignete sich in der Nacht zum 9. Oktober v. J. auf der Straße. Fischer war angegriffen er ist sonst ein fleißiger und fleißiger Mensch. Die Verurteilungskammer stellte die Freiheitsstrafen in Wegfall und erkannte auf insgesamt 153 Mark Geldstrafe.

Unterjochung. Der Kornmacher Emil Krüger hier, geboren 1864, kaufte am 6. Januar 1904 von der Witwe Mandel eine Nähmaschine für 115 Mark auf Zahlung und verlegte sie am 20. Oktober 1906, bevor der Kaufpreis voll getilgt war, bei einem Pfandleiher für 30 Mark. Das Schöffengericht beurteilte den Angeklagten wegen Unterschlagung zu 2 Wochen Gefängnis. Die eingelegte Berufung wurde verworfen.

Die trügerischen Karten. In der Wohnung des Schuhmachermeisters Otto Schäfer hier, geboren 1862, erschienen am 5. Dezember abends drei junge Damen und ließen sich über ihr künftiges Schicksal die Karten von ihm legen. Nachdem er angeblich zwei Stunden lang aus den Karten gelesenen hatte, legten ihm die Damen zusammen 60 Pfennig hin. Das war dem Meister zu wenig, er verlangte von jeder Dame 50 Pfennig. Sie hatten aber kein Geld mehr, nur die eine Dame fand noch 10 Pfennig vor und gab sie hin. Schäfer verschloß angeblich die Haustür, so daß die Damen nicht hinaus konnten und erst andre Hausbewohner herausklopfen mußten. Die Zeugen behaupten, das Wahrsagen habe nur drei Viertelstunden gedauert. Schäfer meint, er habe aus den Karten gelesen, daß seine Freisprechung erfolgen werde. Die Kammer war aber anderer Ansicht und beurteilte ihn wegen Freiheitsberaubung in Verbindung mit verurtheter Nötigung zu 3 Wochen Gefängnis.

Hohe Strafe. Der vorbestrafte Arbeiter Friedrich Heber zu Debedelen, geboren 1863, verurteilte sich im Jahre 1906 zweimal bei Landwirten und ließ sich Vorhänge in Höhe von 50 Mark und 60 Mark geben, trat aber dann den Dienst nicht an. Die Kammer erkannte wegen Mißbrauchsbetrugs in zwei Fällen auf 2 Jahre Zuchthaus und 300 Mark Geldstrafe eventuell weitere 20 Tage Zuchthaus, beschloß auch die sofortige Verhaftung.

Gefährliche Wurfgeschosse. Am 29. September 1906 war Ernteball der Firma Wendt u. Sohn in Lützenburg. Eingeladen war auch der schon öfter vorbestrafte Kesselschmied Gustav Schöne daselbst, geboren 1887. Er betrug sich aber ungebührlich und wurde deshalb von dem Landordner hinarangewiesen. Während darüber, warf Schöne angeblich mit einer Flasche und mit Gläsern in eine Gruppe von Menschen hinein. Getroffen und verletzt wurden zwei junge Männer am Hinterkopf und am linken Auge. Mit Rücksicht auf die hohe und hermitische Tat verurteilte das Schöffengericht in Staßfurt den Angeklagten zu 5 Monaten und 2 Wochen Gefängnis. Die Verurteilungskammer gewann aus der wiederholten Verurteilung keine Verurteilung, daß die beiden Wüfte, die getroffen haben, von dem Angeklagten herührten, hob deshalb das Urteil auf und erkannte nur wegen Verweis mit harten Körpern auf Menschen auf 14 Tage Gefängnis.

Erfolgreiche Verurteilung. Der schon erheblich vorbestrafte Fingerringmacher Karl Bergmann hier, geboren 1848, verurteilte in der Nacht zum 25. Oktober 1906 in der Halberstädterstraße dadurch groben Unfug, daß er eine von der Feuerwehr besetzte gestellte Walze auf den Bürgersteig schob, wodurch der Verkehr gehindert wurde. Als ein Schutzmann ihn aufforderte, die Walze wieder wegzuschaffen, drohte Bergmann mit dem Messer und verweigerte die Angabe der Personlichkeit, beleidigte den Beamten auch durch Schimpfreden. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten am 19. Dezember wegen der Uebertretung zu 1 Woche Haft, wegen Nötigung und Beleidigung zu 6 Monaten Gefängnis. Die Verurteilungskammer ermäßigte die Gefängnisstrafe auf 2 Monate.

Militär-Justiz.

B. Wegen Beleidigung des Oberkriegsgerichts war Genosse Albert als verantwortlicher Redakteur der „Volksstimme“ vom Landgericht in Breslau verurteilt worden. Die Ursache war eine Kritik an einem Urteil des Oberkriegsgerichts, das einen Leutnant freigesprochen hatte. Das Gericht verurteilte Albert den Schutz des § 193; der Angeklagte selbst habe sich ja nicht einmal davon berufen. Ferner erschien am 20. März 1906 in der „Volksstimme“ ein Artikel, der folgendes besprach. Ein Soldat Kosinsky war wegen Mordes zum Tode verurteilt worden. Es gelang ihm auszubringen und zu fliehen, doch wurde er wieder gefangengenommen. Der Artikel tadelte nun, daß gegen den zum Tode verurteilten Soldaten ein zwar gesetzlich erlaubtes Ermittlungsverfahren eingeleitet worden sei, daß dieses Verfahren aber nichts anderes als eine unerhörte Grausamkeit sei. In der Verhandlung vor dem Landgericht in Breslau am 12. Juli 1906 erklärte Albert, daß er durch andre Zeitungsartikel in den Irrtum verlegt worden sei, das Ermittlungsverfahren gegen K. sei wegen des Ausbruchs aus der Festung eingeleitet worden. Das Urteil lautete auf 1 Monat Gefängnis. Die eingelegte Revision verwarf der 4. Strafsenat des Reichsgerichts.

Kleine Chronik.

Ein Student als Falschmünzer. In Bonn wurde ein Student bei Herausgabe falschen Geldes betroffen und durch die Polizei festgenommen, als er sich als Besitzer einer ganzen Anzahl falscher 5-Mark- und zweimarkstücke erwies. Eine Hausdurchsuchung förderte viel falsches Geld und verschiedene Gußformen auf, die derart sinnreich konstruiert waren, daß mit einem Guß acht verschiedene Geldsorten, darunter Reichsmarkstücke, hergestellt werden konnten. Dabei war das fabrikierte Geld derart täuschend nachgemacht, daß die Fälschung nur mit Mühe zu erkennen war. Der Student muß zahlreiche Komplizen besitzen, da einzelne oberirdische Orte in den letzten Wochen mit falschem Geld geradezu überflutet wurden.

Genidstare.

Die Genidstare ist in dem zu Spandau gehörigen Stadtteil Kottbusch ausgebrochen; gestorben sind bereits die Arbeiterfranz Genidstare und ein bei dieser Familie wohnhafter Schlafknecht. Erkrankt sind der Chemann, ein zweijähriges Kind der Familie und drei gleichfalls dort wohnhafte Schlafknechte; die fünf Personen sind in einer Isolierkammer des Spandauer Krankenhauses untergebracht worden. — Auch in Witten a. d. Ruhr sind drei Fälle von Genidstare in den letzten Tagen an Kindern festgestellt worden.

Erstickt.

In Groß-Slawitz bei Kruschwitz (Bojen) sind vier Personen infolge Einatmens von Kohlendunst erstickt. Eine fünfte konnte zum Bewußtsein zurückgerufen werden. — In Leimen geriet in der Wohnung der Mauererleute Herrmann eine Kohlenkiste in Brand. Zwei Kinder sind in dem durch das Feuer entwickelten Qualm erstickt.

18 Monate Gefängnis einem Kinde.
In Eis leben verurteilt die Strafkammer einen 12 1/2 jährigen Schulknaben wegen Straßentanzes zu 18 Monaten Gefängnis (1).

Vater und Sohn als Mörder.

1. Das Schwurgericht in Bamberg (Oberpfalz) verurteilte den 48 Jahre alten Tagelöhner Johann Schönberger wegen Ermordung seines Kindes zum Tode und den 14 Jahre alten Stiefsohn des Schönberger wegen Beihilfe zum Mord zu 7 Jahren Gefängnis. —

Italien im Schnee.

In Bologna und in Parma fielen am Mittwoch 30 Zentimeter Schnee, in Modena 60 Zentimeter. Aller Verkehr in den Provinzen steht, die Straßen und Kleinbahnen haben den Dienst eingestellt, die Schulen in Bologna wurden geschlossen. —

Slavenhalter.

Der französische Konsul in Saigon war am 12. Dezember v. J. benachrichtigt worden, daß der deutsche Dampfer „Mathilde“ über Haiphong kommend, sechs anamitische Mädchen an Bord habe, die aus der Heimat entführt worden seien. Bei der Durchsichtung des Schiffes wurden diese Mädchen sowie auch drei chinesische Frauen gefunden, die aus der Heimat verschleppt worden waren. Die Urheber der Entführung sind jetzt zu 6 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden. —

Im Ballon zum Nordpol.

Die Ballonfahrt nach dem Nordpol, die der amerikanische Polarforscher Walter Wellman schon im vorigen Jahre unternommen wollte, aber mit Rücksicht auf notwendige Änderungen in der Montierung seines Luftschiffs auf dieses Jahr verschoben hat, wird jetzt in Paris, dem bedeutendsten Platze der Ballonindustrie, vorbereitet. Auf Spitzbergen selbst sind schon im vorigen Sommer Gebäude und Einrichtungen für die Gaszerzeugung fertig gestellt worden, und drei Mitglieder des Wellmanschen Personals sorgen den Winter hindurch für die Instandhaltung der Zustellstationen. Auf Grund seiner im Jahre 1906 auf Spitzbergen gemachten Erfahrungen will Wellman den Ballon vergrößern lassen, damit die Tragfähigkeit erhöht werde. Auch die Maschinerie des Luftschiffs erfährt eine Veränderung, indem die Motorleistung für die Lenkbarkeit von 80 auf 100 Pferdekraft erhöht wird. Welche Bedeutung die Schwerefähigkeit des Ballons bei dieser Fahrt hat, geht daraus hervor, daß sie bei günstigen Windverhältnissen bis zum Pol und zurück mindestens fünf Tage dauern muß. In Paris beurteilt man das kühne Unter-

nehmen der Polüberfliegung, an dem schon André geschickert ist, sehr skeptisch. —

Aus unbekanntem Ländern.

Der schwedische Forscher Sven Hedin, dem die englischen Behörden nicht erlaubt hatten, die englische Grenze zwischen Indien und Tibet zu überschreiten, und der infolgedessen von Sinesisch-Turkestan aus in Tibet einbrang, war am 21. Januar in Ngangou Tjo eingetroffen und hoffte, Ende Februar Schigatse zu erreichen. Ueber Giangtie gelangte nachfolgende Nachricht von ihm nach Stockholm: „840 englische Meilen unbekanntes Land sind erschlossen worden. Wir hatten eine vorzügliche Reise, diagonal durch das dunkelste Tibet. Wir verloren die ganze Karawane, aber nicht einen einzigen Mann. Alle Karten und Resultate wurden gerettet. Wir trafen die ersten Tibetaner nach 24 tägiger Einsamkeit. Fünf Monate hindurch herrschte ein arktischer Winter. Die Temperatur ist jetzt 31 Grad unter Null (F.) und es ist jeden Tag stürmisch. . . . Ich habe viele neue Seen, Flüsse, Gebirgszüge und Goldfelder entdeckt, und die geographischen Resultate sind außerordentlich reich. Es ist eine Karte von 184 Blättern angefertigt worden. Ich habe 834 Panoramen, 230 Arten von Felsen und geologischen Profilen, viele Duzende von Photographien, 20 astronomische Punkte und 1000 Seiten Notizen. Vier Seen wurden vom Boot oder vom Eise aus mit der Sonde erforscht. Wir entkamen manchmal mit knapper Not dem stürmischen Wetter auf den Seen und wurden einmal von einem wilden Pat angegriffen. Das Verhalten der Ladakis und meiner Assistenten war über alles Lob erhaben. Es sind wohl die besten Leute, die ich jemals gehabt habe. Am 11. Januar wurden wir von den Tibetanern bei Ngangto aufgehalten. Am 13. Januar änderten sie aus unbekanntem Grunde ihr Verhalten und ließen mich weiterziehen. . . . Es ist die wunderbarste Reise, die ich in 24 Jahren in Asien gemacht habe.“ —

Eingegangene Druckschriften.

Die Sozialistischen Monatshefte, herausgegeben von J. Bloch (Administration: Berlin W., Lühnowstr. 105), haben soeben das Februarheft ihres 13. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Richard Calver, Der 25. Januar. — Eduard Bernstein, Was folgt aus dem Ergebnis der Reichstagswahlen? — Karl Leuthner, Auf neuen Wegen zu alten Zielen. —

Eugen Journeire, Die sozialistischen Minister. — Roman Strelchew, Der politische Massenstreik in Rußland und seine Lehren. — Philipp Snowden, Die Schulfrage in England. — Sigmund Kauf, Der Philosoph des Egoismus. — Das Heft enthält eine Reproduktion der einzigen überhaupt existierenden, von Friedrich Engels gezeichneten Porträtskizze Max Stirners. Der Preis des Heftes beträgt 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk. Zu beziehen durch jede Postanstalt, seiner direkt durch den Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“, Berlin W. 35, Lühnowstr. 105. (Zufendung unter Kreuzband oder in geschlossenem Kuvert.) Probehefte stehen auf Verlangen jederzeit kostenfrei zur Verfügung. —

Vereine und Versammlungen.

Löcher.

Unsere erste Mitglieder-Versammlung fand am 6. Februar in Böhme statt. Hesse wurde als erster Vorsitzender wiedergewählt, zweiter Vorsitzender wurde Kollege Rudolph, Schriftführer Kollege Bries und Kassierer Kollege Müller. Als Redatoren wurden die Kollegen Kammerfeldt und Pfeiffer gewählt. Die Kollegen Kruse, Fr. Braune und Bräunlein bilden die Bohlfunktion. Nachdem Kollege Schulz die Versammlung ermahnt hatte, Lokale zu besuchen, die uns zur Verfügung stehen und die Arbeiterpresse zu lesen, wurde die Versammlung geschlossen. —

Vereins-Kalender.

- Verband der Sattler.** Sonnabend den 9. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung in der „Burggasse“, Tischlerstr. 28. 531
- Zentralverband der Schmiede, Magdeburg.** Mitglieder-Versammlung Sonnabend den 9. ds., abends 8 1/2 Uhr, bei Böhme. —
- Zentral-Krankenkasse der Frauen und Mädchen.** Sonntag den 10. Februar, nachm. 5 Uhr, Tischlerstr. 28 (Burggasse).
- Fernversteher.** Arbeiter-Zirkelverein „Vorwärts“. Sonnabend abends 8 Uhr Versammlung bei Emil Stiller. 528
- Schnebeck.** Zentralverband der Maurer, Zweigverein Schnebeck. Sonntag den 10. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Stadtpark“. Der Vorstand. — 752
- Schnebeck.** Arbeiter-Nachfahrerverein Frisch auf. Sonntag den 10. Februar, nachm. 2 1/2 Uhr, Versammlung in der „Tonhalle“.

Grosser Inventur-Räumungs-Verkauf.

Ein Posten wollene Normal-Hemden!

sonstiger Preis	3.75	4.25	4.95	5.50	Mk.
jetzt nur	1.95	2.35	2.98	3.10	Mk.

☐ Nie wiederkehrende Kaufgelegenheit. ☐ Nur solange Vorrat. ☐

Bazar - Magdeburg

Jakobs- und Peterstrassen-Ecke.

Grosser Inventur-Räumungs-Verkauf.

Butter!

Beste Molkereibutter das Pfund 1.35
Wagners Butterhalle
Mottersdorfer Straße 10.

Soeben eingetroffen:
Der grüne Mops

oder
Das Wiedererwachen des Liberalismus
von Th. Th. Heine — Simplicissimus-Verlag
Preis 15 Pfg.

Sie haben in der
Buchhandlung Volksstimme, Jakobstr. 49.

Romane Singer-Nähmaschine, tabellos
nähend, für 12 Mk. zu verkaufen
zu beziehen Tränkeberg Nr. 23, Berlinerstr. 1b, I. LL. 2147

Tüchtige Tischlergesellen

für dauernde und lohnende Beschäftigung stellt ein
A. Türklitz, Möbelfabrik, Brandenburg a. H.

Strümpfe. Ausnahmepreise in
Kein woll. gestr. Damenstrümpfe nur
1 Mk. Herrensocken 90 Pf. Kinder-
strümpfe von 50 Pf. an. Strümpfe
werd. nach Angabe neu u. angefridit,
mit u. ohne Zugabe der Garne. 710
Verkauf erstklassiger Strickmaschinen.
Otto Müller, Lüneburger Str. 19.

Schuhwaren!

1220 **Billig! Billig!**
Herren- u. Damenstiefel, Stiefel-
letzen, Turn-, Strand- u. Kinder-
schuhe, Pantoffel, auch aus
Kontursmassen kann. Waren
Nur Neustadt, Schulstr. 44.

Ausverkauf!

von Herren- und Knaben-Anzugstoffen, Damen-Tuchen, Kostümstoffen usw.

Die von meiner Musterei übriggebliebenen Coupons der
neuesten und modernsten Dessins der bevorstehenden Frühjahrs- und Sommer-Saison
sowie Restbestände der Herbst- und Winter-Saison stelle ich wie nach jeder Saison zu

bekannt unvergleichlich billigen Preisen

Nur beste, erprobt tragfähige Qualitäten! **Riesige Auswahl!**

Hermann Ohlrogge

Tuchversandhaus Norddeutschland **23 Himmelreichstrasse 23.**

Konfirmanden-Anzüge

Hut gratis!!

Kaufen Sie am besten und billigsten in dem

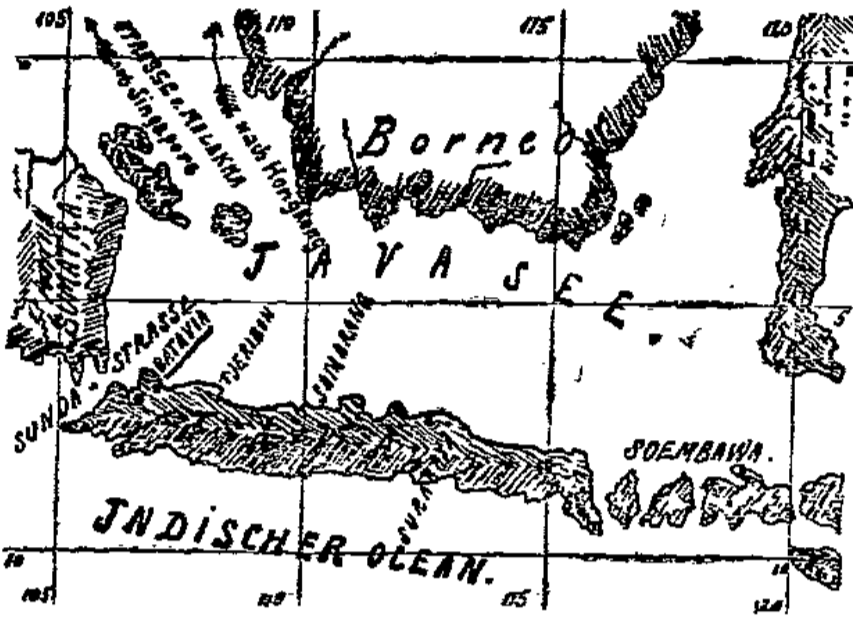
Hut gratis!!

Kaufhaus Max Zehden, 50 Jakobstraße 50

Anfertigung nach Maß unter Garantie für tadellofen Sitz.

Enorme Auswahl von Herren-, Jünglings- u. Knaben-Garderobe
Arbeiter- und Berufskleidung für alle Gewerkschaften.

Ein paradiesisches Land. Im Süden Asiens, Indien vorgelagert, bezw. zwischen Asien und Australien und einstmals wohl auch das Bindeglied beider Erdteile bildend, befinden sich die Sunda-Inseln, deren vier größte Sumatra, Borneo, Celebes und Java sind.



Die letztere Insel, Java, von der hier die Rede sein soll, ist ein Gebirgsland mit noch tätigen Vulkanen, deren höchster der Smeru (3730 Meter) ist. Das Klima ist meist gesund, aber tropisch, denn Java liegt zwischen dem 5. und 10. Grad südlicher Breite, also nahe am Äquator. Daher ist die Vegetation auf Java auch eine üppige, paradiesische. Herrliche Tropenwälder wechseln ab mit prächtigen Plantagen von Reis, Kaffee, Zuckerröhre, Gewürzen, Indigo, Kokospalmen und Tabak. Java verschifft alljährlich für Millionen Mt. Tabak nach den Weltkapitälern Amsterdam und Rotterdam. Namentlich einige Provinzen auf Java, Socararta und Djokjarta, liefern uns den weltberühmten Vorstenlanden-Tabak, der sich durch ganz eigenartige Milde und Würzigkeit auszeichnet, wie es uns in gleicher Weise kein andres Tabakland der Erde mehr bietet. Die bekannte Firma Zigarettenfabrik Paul Meißner u. Co., Magdeburg, hat darum auch diesem Tabak besonderes Interesse gewidmet und bietet der Raucherwelt eine mustergültige Auswahl seiner Zigarettenmarken, aus Vorstenlanden-Tabak gefertigt, zu mäßigen Preisen. Hervorgehoben seien: Nr. 37, feine Zigaretten, besonders Rauchern empfohlen, die von der Zigarette wegen der Zigarettenbandrollensteuer zur Zigarette übergehen wollen, 10 Stück 25 Pf., 50 Stück in Bast 1.25 Mark. Nr. 10 Vorstenlanden-Planter, großes Format, Mille 32.50 Mark 100 Stück 3.25, Duzend 45 Pf., Stück 5 Pf. Nr. 10 a grauwarben, neu eingeführt, mild und würzig, Preis wie Nr. 10 Sodann 6 Pf.-Sorten: Nr. 163, reißbraun; Nr. 69, Bejen; Nr. 99, großes Format, grauwarben; Nr. 99 a (neu eingeführt) grauwarben, kleines Format; Nr. 6, Marke Bierant. Mille 6 Pf.-Sorten: Mille 40.00 Mark, 100 Stück 4.00 Mark, Duzend 50 Pf. Ferner 7 Pf.-Sorten: Nr. 75, grau, mild und würzig und Nr. 75 a (neu eingeführt), kleines Format Mille 47.50 Mark, 100 Stück 4.75 Mark, Duzend 60 Pf. Weiter: Nr. 82, grau, sehr fein, Mille 57.50 Mark, 100 Stück 5.75 Mark, Duzend 70 Pf.; Nr. 104, Vorstenlanden-Habanna-Felix, Mille 70.00 Mark, 100 Stück 7.00 Mark, 50 Stück 3.50 Mark, Duzend 90 Pf.; Nr. 128, das feinste Mille 80.00 Mark, 100 Stück 8.00 Mark, 50 Stück 4.00 Mark, Duzend 1.00 Mark. Die Firma versendet per Post und Behälter überall hin. Verkaufsstellen in Magdeburg: Im Hauptgeschäft, Schindorfer Straße; Breiter Weg 253, nahe am Haffelbachplatz; Sudenburg, Halberstädter Straße 117 Katalog gratis und franko.

Wulms
wäscht
am besten

Wie bekannt
kaufen Sie
am billigsten
Emaile
Koch- und Küchen-
Geschirr
Regierungsstr. 17.

10 000 Stück
Kanarienhähne und
weibchen, gute u.
gewöhnliche B ö g e l.
kaufe ich für 5. Wähle
jezt fortwährend.
Zähle die besten Preise.
F. H. Oehlert, Endelstr. 1.



Trauer-Hüte
Blusen, Kostümröcke
Krepp, Flore etc.
in grösster Auswahl
Lange & Münzer
51a Breiteweg 51a



Empfehle
große frische Hasen,
Hirsch, Reh, Kaninchen,
Rehkitzener, pa. Gänse,
Tauben, Hühner, Hähne
billig
2456

Striebing, Gr. Wiesdorferstr. 21

Burg Kinderwagen
preiswert zu verkaufen
Schartauerstr. 9, H.

Herren-
Knaben-
Arbeiter- } Garderobe
in nur guten haltbaren Quali-
täten und neuen Modellen
kaufen Sie am billigsten wie
bekannt in 3013

Heymanns
Selbstverleibungs-Geschäft
Johannisberg 7c
! Gehen auf Straße achten!
Kontingente-Anzüge v. 3.98 an
Gezogene Warenlager und Kon-
firmationskleidung werden gegen je-
derzeitige Kasse jederzeit gekauft

Landbrot
extra groß und wohlkammernd, sowie
Westfalentrone, d. best. Mollereiz-
butter fäulend ähnl., empfindl.
Wwe. Vogelmann, Tischlerkrugstraße 3
Nähe der Grünearmstraße.

Ein gut gehendes Material-
warengeschäft mit Schmapfkon-
jession fortzuzug. z. verk. Zu erf. i. d.
Exped. d. „Volksstimme“, Satobstr. 49.

Gr.-Ottersleben.
Zu Fastnacht empfehle

H. Spritz- u. Pfannkuchen
in bekannter Güt. 1242

Franz Reutel, Mittagstr. 1a.

Farmersleben. Jeden Freitag
frische Würst.
Behrendt, Wahrenholzstr. 1.

Heute Schlachtfest. Alle
Sorten frische Würst. Pfd. 90 Pf.
Berta Kreissler, Sudenburg, Str. 24

Frdbl. Logis z. verm. f. 1 u. 2 P.
Luisenstr. 4 im Schuhmacherladen.

Kl. Klosterstr. 15 sind Woh-
nungen z. verm. z. 180, 210, 400 M.
Zimmer zu vermieten Feldstr. 62 u. 11

Zwei Handschuhmacher finden
Kondition bei **Otto Laborde**
Nachf., Bäckerstr. 12. 1223

Suche in d. Nähe des Haffelbachpl.
möbl. Zim. mit Kaffee und Wäschen,
kann auch helles Mansardenzim. sein,
kleiderichant habe selbst. Off. m. Fr.
u. 53a a. Krämer, Haffelbachstr. 2, IV.

10 Mark Belohnung.
Schwarzer, mittelgroßer, lang-
haariger Hund, mit weißem Kragen
und Brust, auf den Namen Wenzel
abend, entlaufen. Abzugeben
Nachtwende 34, Paterte.

Verloren.
Eine **Stoia** (Stunt) auf dem
Weg von Neuhaldenslebenstraße bis
Luisenstraße am Donnerstagabend
gegen 7 Uhr verloren. Gegen Be-
lohnung bei Friseur **Ulsdorf**,
Lübeckerstraße 38, abzugeben.

Sperbede in der Rötgerstraße
verloren. Abzugeben gegen Beloh-
nung Stendaler Straße 33.

Stadt-Theater.
Sonabend den 9. Februar 1907
Das Glashaus.

Sonntag den 10. Februar 1907
nachmittags 3 Uhr
Was ihr wollt.

Wilhelm-Theater.
Freitag und folgende Tage
Künstlerbiut.

Zirkus
Nur noch einige Tage!!
Täglich abends 8 Uhr

Der Hund von Baskerville
Detektiv-Romdie in 4 Akten
nach der berühmten Roman-
serie des Conan Doyle.

Sherlock Holmes:
Direktor Max Samst.

Sonabend, nachmittags 4 Uhr
Dornröschen
Faubermärchen in 5 Akten.
Erwachsene 20 Pf., Kinder 10 Pf.

Sonntag, nachmittags 4 Uhr
auf allgemeines Verlangen
Sherlock Holmes.

Sonntag abend 8 Uhr
Nur einmalige Aufführung:
Debora

oder:
Der Jüdin Huch und Segen
Schwäpzel in 5 Akten.

Zentralverband der Maurer Deutschl.
Zahlstelle Neuhaldensleben u. Umgeg.

Sonabend den 9. Februar, abends 8 Uhr
im Vereinslokale, bei Herrn Harzog, Neuhaldensleben

Wintervergnügen.

Wir laden hierzu sämtliche organisierten Gewerkschaften
freundlichst ein 3006 Der Vorstand.

Sachsenhof, Gr. Storchstr. 7

Sonntag den 10. Februar, von 4 Uhr ab

Narrenabend

mit

Bockbierfest.

Ergebenst ladet ein Albert Vater.

Restaurant J. Sanne, Weinbergstraße 34.

Sonabend den 9. Februar

Großes Kappenfest mit musikal. Unterhaltung

Ergebenst ladet hierzu ein

Robert Köhler.

Köhler's CONCERT- u. BALLHAUS Buckau

Montag den 11. Februar 1907

Große Medonte.

Athletenverband für Magdeburg und Umgeg.

Sonntag den 10. Februar, vormittags 11 Uhr

Versammlung in Halberstadt.

Da noch einmal die Angelegenheiten des Arbeiter-Athletenbundes
zur Beratung gelangen, ist es Pflicht eines jeden Vereins, vertreten zu sein
Abfahrt der Delegierten 9.20 Uhr von Magdeburg. Der Vorstand.

Morgen Sonabend den 9. Februar

Großer Narren-Abend!

Ergebenst ladet ein 1249

Friedrich Stellmacher u. Frau

Kl. Stadtmarkt 8b.

Aug. Kämpfs Restaurant

Hennigstraße 13.

Montag den 11. Februar

Großer Kappenabend

und Bockbier. 1245

Sonabend den 9. Februar

Gr. Kappenfest

wozu freundlichst einladet 1255

P. Francke

Nachtwende Nr. 49a.

Chr. Duldhardt's Restaurant

Neustadt, Pafenstr. 1

Heute Sonabend d. 9. Februar

Gr. humoristischer Abend

wozu freundlichst einladet D. O.

Auch bringe meine Würstwaren
eigener Schlichtung in empfehlende
Erinnerung. 1255

Buckau: Restaurant zur Bleibe

— Veruburgerstr. 20 —

Sonabend den 9. Februar

Großer Lumpen-Abend

mit Kappenfest. Zwei Preise sind angelegt.
Hierzu ladet ein 3010
Otto Bruchmüller.

Walhalla

Das glänzende
Februar-Programm!

Abendlich sensationeller Erfolg.

Parterresaal:

Zur Venusgrotte

Damen-Orchester Neumann

Thüring. Volkssänger Mikado

Eintritt frei!

Für die vielen Glückwünsche,
Gratulationen und Geschenke zu
unser Silberhochzeit sagen wir auf
diesem Wege unsern Verwandten,
meinen Genossen und Kollegen und
Sangesgenossen vom Buckauer Ar-
beiter-Sängerverein für die Ueber-
schickung unsern besten Dank.

Louis Neuhaus und Frau

Buckau. 3009

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und die zahlreichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung unser
lieben Entschlafenen sagen wir allen
Verwandten, Freunden und Be-
kanten unsern herzlichsten Dank.

Karl Stief und Frau.

Dankagung.

Allen lieben Verwandten, Freunden
und Bekannten sagen wir auf diesem
Wege für die herzliche Teilnahme
und die Kranzspenden bei der Be-
erdigung unsern lieben Vaters, des

Tischlers **Karl Janeck**

unsern innigsten Dank. Ebenfalls
Dank dem Holzarbeiter-Verein
in Magdeburg, dem Sängerverein
„Freundeskreis“ in Barleben sowie
dem Sozialdemokratischen Verein.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Burg. Burg.
Grosse Auswahl
in
Jackets und Kleiderstoffen

zur 3012

Konfirmation.

Otto Pussel

Schartauer Strasse 53-54.

Burg. Burg.

(Weifall), ein verabschewungswürdiger, von dem öffentlichen Gewissen aller Länder verdamnter Mord. (Lebhafte Weifall und Widerspruch.)

Im weiteren Verlauf seiner Rede führt Rouanet das Sinken der französischen Werte auf Börsenanstöße zurück und sagt, wenn es nicht vorher zu einem furchtbaren Krach komme, würde das französische Kapital nach Frankreich zurückkehren aber eine Stunde der Schwäche könne die französische Industrie und die Republik verderben, noch sei es Zeit die Gefahr zu beschwören. Der Redner fordert den Finanzminister auf, auf den Schrei der Untertanen in Rußland zu hören, die die Finanzleute ins Verderben stürzen wollten. (Weifall auf der äußersten Linken.)

Die radikalen Minister warfen sich natürlich für den Zatismus und für ihre Finanziers auf. Die Debatte geht am Freitag weiter.

Der Revolutionär als Minister.

Es war nicht allein ein Anfall schlechter Laune, dem der französische Kultusminister Briand folgte, als er vorige Woche in der Kammer, unter den bissigen Seitenhieben Clemenceaus, die Ministerbank verließ. Es ist sehr erklärlich, daß Herr Briand nervös und empfindlich wird, und zudem hatte ihn Clemenceau an der empfindlichsten Stelle getroffen.

Als Briand in den kritischen Anfängen der sozialistischen Einigung die Partei verließ, um einen Ministerposten zu übernehmen, war sein einziger Entschuldigungsgrund, daß er als „Schöpfer“ des Trennungsgesetzes nicht davor zurückschrecken dürfe, es anzuwenden. Von diesem Trennungsgesetz ist nun heute sozusagen kein ganzer Paragraph mehr übrig und man hat alle Mühe, sich in dem Wust von Gesetzen, Dekreten und Entscheidungen zurechtzufinden. Sicher wäre die Gesetzgebung weniger kompliziert, wenn Briand sich nicht in eigensinniger Eitelkeit auf „sein“ Gesetz versteift hätte. Da Briand jedoch nicht nur Kultusminister ist — der Titel hat übrigens jetzt seine Daseinsberechtigung verloren —, sondern auch Unterrichtsminister, ging er endlich darauf, auch Unterrichtsreformen vorzuschlagen. Die erste der angekündigten Vorlagen ist vor einigen Tagen der Kammer zugegangen. Sie ist so bescheiden und beschränkt, daß der erfindliche bürgerliche Minister mit ihr keinen Staat machen könnte. Sie hat den Zweck, das Gesetz über den obligatorischen Volksschulunterricht von 1883 schärfer zu fassen, d. h. dessen Anwendung sicherzustellen. Hierzu schlägt Briand zwei Mittel vor. Erstens sollen die Strafbestimmungen wirksamer gemacht werden, und zweitens darf das Mißgegnis nicht vor dem vollendeten zwölften Jahre des Schülers erteilt werden.

Die ganze Reform ist im Grunde eine sehr bedeutsame Halbheit und geht den Ursachen des zeitweisen Verfallens des Volksschulgesetzes nur mit Polizeimahregeln zu Leibe. Frankreich weiß trotz seines Volksschulgesetzes einen sehr erheblichen Prozentfuß von Analphabeten auf. Fast fünf Prozent der männlichen Bevölkerung ist weder des Lesens noch Schreibens kundig. Unter der weiblichen Bevölkerung ist der Prozentfuß jedenfalls noch erheblich. Das sind jedoch nur Durchschnittszahlen. In einzelnen Departements, wo die Analphabeten noch dominieren, ist der Prozentfuß wesentlich höher. Im Departement Morbihan beträgt er siebzehn Prozent.

Die Ursachen sind darin zu suchen, daß die Ueberwachung des Schulbesuchs einem öffentlich gewählten Volksschulrat übertragen ist, der zugleich Verwalter der im Gesetz vorgesehenen Schulkassen ist. Diese Schulkassen sollen dazu dienen, die besitzlosen Schüler auszuzeichnen und die unermittelten bzw. deren Eltern zu unterstützen und sollen vom Staate subventioniert werden. Da man jedoch auch in Frankreich nicht beim Militärbudget zu sparen beginnt, trieb das Parlament die staatliche Subvention, so daß die Schulkassen und mit ihnen die Ortschulräte in zwei Dritteln der Gemeinden nicht in Tätigkeit treten, und natürlich wieder nur in Gemeinden, wo sie am nötigsten gewesen wären. Statt nun vorzuschlagen, aus den Mitteln, die durch das Trennungsgesetz flüssig werden, die Schulkassen zu subventionieren, beschränkt sich Briand auf Polizeimahregeln. Erst Herr Buisson muß ihm im „Radical“ sagen, daß die Schulfrage eine soziale Frage ist.

Am traurigsten ist jedoch die Haltung Briands gegenüber den Lehrern. Die französischen Lehrer — zu ihrem Ruhme sei es gesagt — huldigen sehr fortgeschrittenen Ideen. Sie sind in ihrer Klasse Gefühlsozialisten und deshalb vielen Anfeindungen ausgesetzt. Es kommt in den bigotten Gegenden nicht selten vor, daß der Lehrer oder die Lehrerin von der gesamten Bevölkerung boykottiert wird. Niemand spricht mit ihnen, niemand magt es, ihnen auch nur die nötigsten Lebensmittel zu verkaufen. Ihre Wohnungen werden mit Unrat bedeckt, die Fenster eingeworfen und manchmal werden sie von der verheßten Bevölkerung regelrecht belagert. Alles zur höheren Ehre des christlichen Herrgotts der wahren Nächstenliebe.

Wird so ein „Abgesandter des Teufels“ dadurch nicht anreize, dann weiß der Abgeordnete des betreffenden Kreises, der natürlich ein Interesse daran hat, sich seines politischen Gegners zu entledigen, die Verletzung des Lehrers — eventuell beim Minister — durchzusetzen. Unter Briand hat sich daran nichts geändert. Die Lehrer, die in jogenannten „Freundschaftlichen Vereinen“ organisiert waren oder noch sind — Vereine ähnlich den deutschen Lehrervereinen, mit dem Unterschied, daß in ihnen nicht der servile Unterneigung kultiviert wird —, schlossen sich zur besseren Wahrung ihrer Interessen, in Lehrergewerkschaften zusammen. Anfangs sah die Regierung dem tadellos zu. Als die Bewegung jedoch weiter wuchs, verbot die erschrockene Regierung die Lehrergewerkschaften und ordnete gegen sie bestehende ein gerichtliches Verfahren an. Das war unter Mowier vor dem 1. Mai.

Das Gerichtsverfahren schloß ein und die Organisation der Lehrer schritt fort. Sie schlossen sich auch den Arbeitsschöffen an, um dadurch ihre Solidarität mit den Gewerkschaften zu bekunden. Briand stellte sich dem gegenüber blind. Plötzlich änderte er jedoch seine Haltung. Er verbot die Neugründung von Gewerkschaften und den Anschluß an die Arbeitsschöffen und drohte durch den Mund des Abg. Carnaud, der sich gleichfalls einen „unabhängigen Sozialisten“ nennt, im „Matin“, gegen die unbotmäßigen Lehrer innerhalb acht Tagen vorzugehen.

Die Frist ist längst verstrichen und Herr Briand hat sich noch

nicht gekürrt. Dem Briand nicht die Zustimmung des Gesamtministeriums zu seinem Vorgehen, schreckte er vor der entschlossenen Haltung der Lehrer zurück oder aber — und was scheint mir das wahrscheinlichste — grante ihm schließlich vor dem ministeriellen Ende, das er sich bereitet hatte, der revolutionäre antimilitaristische Generalfreizepropagandist a. D.?

Jedenfalls begreift man nun, warum er nervös und empfindlich wird.

Soziales.

Dr. Wöbber gestorben. Montag früh ist an Herzschwäche der frühere Präsident des Reichsversicherungsamts Geheimer Oberregierungsrat Dr. Wöbber im Alter von 53½ Jahren verstorben. Der Verstorbenen war vom Jahre 1884 bis Juni 1897 der erste Präsident des Reichsversicherungsamts. Als solcher verdiente er seine hohe Sachkenntnis, sein Verwaltungstalent und sein soziales Empfinden unparteiisch an und suchte die soziale Gesetzgebung mit gerechtem und sozialem Geist zu handhaben. Der lebhaft nach Betätigung ringende Wunsch, die Aufgaben der sozialen Gesetzgebung aus innerer Ueberzeugung heraus, ohne nach oben oder unten zu blicken, in sozialem Pflichtgefühl mit Gerechtigkeit zu erfüllen, die den Menschen achtende, verbindliche Weise, wie er mit den Arbeitervertretern, den Unfallverletzten, den Invaliden- und Altersrentnern verkehrte, haben dem Dahingewesenen trotz seiner gegenwärtigen politischen Richtung die wärmste Anerkennung der Arbeiter verschafft. Als er im Jahre 1897 infolge des Drucks der antisozialen Richtung aus dem Amte scheidend wollte, bat ihn die Arbeiter lebhaft, lieber vergeblich, im Amte verbleiben zu wollen. Die Abschiedsworte, die der Vertreter der Arbeitnehmer, Schloffer Guckert, an ihn richtete, hoben hervor, daß „der Name des Dr. Wöbber in den Herzen aller deutschen Arbeiterfamilien einen guten Platz hat und behalten wird“. Diesen Erfolg wird auch das Streben des Verstorbenen über seinen Tod hinaus haben. Ganz im Gegensatz zu den mit sozialen Pfaffen und in antisozialen Werken sich Betätigenden hob Dr. Wöbber furchtlos hervor, daß die gesamte soziale Gesetzgebung erst eine geringfügige Abschlagszahlung auf die Forderungen der Arbeiter sei. In literarischen und sonstigen öffentlichen Verbindungen bekannte er sich zu der Ansicht, daß die Unzufriedenheit die Basis jedes Fortschritts ist und daß in der Tat die Arbeiter die gesamten Lasten der Versicherung tragen, da ja der nominell von den Arbeitgebern gezahlte Beitrag nur „ein von vornherein feststehender Teil des Lohnes“ ist. Ein Mann von so hoher Unparteilichkeit und glühendem Streben nach sozialer Pflichterfüllung mußte in Konflikt mit der herrschenden Klasse kommen. Der Konflikt kam, als er den schärfmächterischen Bestrebungen des Zentralverbandes deutscher Industrieller nicht nachgeben wollte, die im Reichsamt des Innern seit Ende 1896 in immer schärferem Maße die Oberhand gewonnen hatten. Wer wie Dr. Wöbber vorurteillos unter gerechter Würdigung der Lage des Arbeiters das Reichsversicherungsamt zu leiten und die soziale Rechtsprechung unparteiisch und gerecht auszuüben suchte, konnte in dem reaktionären Kurs, den die herrschende Klasse im Reiche steuerte, ohne fortwährend wachsende Bewürfnisse nicht im Amte bleiben. Mit ihm zog der gute Geist aus dem Reichsversicherungsamt. Der so früh Dahingewesene schätzte freilich die soziale Gesetzgebung weit höher als wir ein und war unser politischer Gegner. Das hat uns zu seiner Amtszeit und zu seinen Lebzeiten nicht gehindert, seine hohen Verdienste anzuerkennen. Nach seinem Tode ist es doppelte Pflicht, das ehrliche sozialpolitische Streben des Dr. Wöbber, die vorurteillose Unparteilichkeit, das Mitgefühl für die Lage der Arbeiter seitens des Dahingewesenen hervorzuheben.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 8. Februar 1907.

Die braven Kinder.

„Wir sind artig gewesen, jetzt müssen wir auch dafür belohnt werden!“ Auf diesen Ton ist eine Notiz des „Central-Anzeiger“ über die Engpässe am Ulrichs- und Sudenburger Tor abgestimmt. Das Gewimmer der braven Kobeltkauer klingt so:

„Indes man kann ja wohl annehmen, daß die Lage dieser Torreste nunmehr geklärt sein werden, nachdem der denkwürdige 25. Januar Magdeburg von der unwürdigen sozialdemokratischen Vertretung im Reichstage, hoffentlich für immer, befreit hat. Eine Stadt, in der sich die Deutschen im Augenblick der Gefahr so zusammenscharen, daß sie — abgesehen von einigen Mümlingen, mit denen dafür später abzurechnen sein wird — ihre Sonder- und Parteinteressen hintanstellen und nur nationalen Gesichtspunkten folgen, eine künftige Stadt wird Magdeburg, in der für einen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten kein Raum ist, sie kann auch in Zukunft ganz andere Ansprüche darauf machen, in Berlin gehört zu werden. Für das Sozialdemokratenstück, wie man, wenn auch fälschlich, wohl kurzweg sagte, hatte man wenig übrig, für eine Großstadt, die allen andern Städten — Berlin nicht ausgenommen — bewiesen hat, was die nationalgesinnte Bürgerschaft vermag, wenn sie nur einig ist am Tage der Wahl — für das Magdeburg unter den deutschen Farben wird man mehr Wohlwollen zeigen. Und die Stadt, deren größter Grundbesitzer der Militärkäufmann ist, der sie noch zur größten Hälfte einnimmt, kann, wie die Verhältnisse einmal liegen, dessen Wohlwollen gar nicht entbehren. Ein Wort des Kaisers — und die Tore verschwinden vom Erdboden!“

Nicht die geheimerische Notwendigkeit, sondern das Wohlwollen der Obrigkeit soll den Ausschlag zur Beseitigung jener Verkehrshindernisse geben. In häßlicher Knechtlichkeit geht man denen, die „was zu sagen haben“, daß man sich „artig und folgsam“ benahm und nun bestraft man dafür um Wohlwollen. Ob das artige Kind, wenn es seinen Willen nicht bekommt, auch wohl bodenbeig werden kann? Wir glauben es nicht. Die Hundedemut, die nicht zu fordern wagt, wird sich, ohne zu muskeln, fügen, wenn der Willkürherrscher sich hartnäckig der Beseitigung der Engpässe entgegenstellt. Der „gute“ Ausfall der Reichstagswahl wird ihn durchaus nicht veranlassen, andern Sinnes zu werden. Solches „Hilflosentsehn“ verdient so auch nicht, daß man es anders behandelt.

Herr Weiskemann macht gewaltige Anstrengungen, um seine Feilenhauerei wieder in Betrieb zu setzen. Einen Reiter in der Not hat er in der Person des Feilenhauers Karl Schmäder gefunden. Dies ist derselbe Mann, welcher während des Streik bei Gebr. Commichau seine geschätzte Arbeitskraft als arbeitswilliger Schlosser zur Verfügung stellte. Wie man an dieser Notiz sieht, hat die Freude an der Arbeit nicht lange angehalten. Zugewinnen konnte Herr Weiskemann auf die sonderbarsten Einfälle. Als er den Feilenhauer die Papiere ausshändigte, sagte er: „Nehmt alles mit, ich lasse keinen wieder herein!“ Bei so stolzen Worten fällt allerdings das Nachgeben schwer. Wie wäre es nun, wenn Herr Weiskemann bei dieser fatalen Situation einen Mann fände, welcher als Reifer in seinem Betriebe jodiel Leute einstellt wie er braucht, selbst wenn es die alten wieder sind? Dann hätte doch er nicht nachgegeben. Der Gedanke ist nicht übel, nur schade, es will keine Stichmann sein. Nein, nein! Herr Weiskemann, so geht es nicht! Soll eine Verständigung herbeigeführt werden, dann sind die alten Leute dazu bereit. Es liegt nicht an diesen, wenn sich die Situation täglich verschärft.

Bankfunktion. In der letzten außerordentlichen Generalversammlung des Eisenacher Bankvereins wurde der Fusionsvertrag mit der Magdeburger Privatbank mit allen gegen eine Stimme ohne Diskussion genehmigt. Auch zwischen der Eisenacher Kreditbank in Eisenach und der Magdeburger Privatbank in Magdeburg ist ein Fusionsvertrag geschlossen worden, wonach die Eisenacher Kreditbank auf die Magdeburger Privatbank mit Wirkung vom 1. Januar 1907 als Ganzes unter Ausschluß der Liquidation übergehen soll. Die Eisenacher Kreditbank vertritt zur Genehmigung des Vertrags eine außerordentliche Generalversammlung auf den 25. Februar ein. Die Magdeburger Privatbank wird die Kapitalerhöhung um 1 500 000 Mk. sowie die Genehmigung dieses Vertrags in der in aller Kürze einzuberufenden ordentlichen Generalversammlung beantragen. Die Magdeburger Privatbank errichtet zum Zwecke der Fortführung der Geschäfte der Eisenacher Kreditbank eine Filiale unter der bisherigen Leitung in Eisenach.

Schlecht behohute Hilfe. Am Donnerstagabend wurde auf dem Fajochsberg ein Mädchen von ihrem Liebhaber mißhandelt. Der dort wohnende Arbeiter Bischoff wollte dem bedrängten Mädchen zu Hilfe eilen, wurde aber von dem sich wie rasend gebärdenden Diebhaber derartig durch mehrere Messerstiche verletzt, daß er sofort nach dem nächstgelegenen Krankenhaus gebracht werden mußte.

Unfall. Der Arbeiter Werner Niemann aus Fermannsleben geriet am Donnerstag in der Schraubenfabrik von Gableu. n. Brede, Fuchsborg 2, mit der linken Hand in eine Gewindefräsemaschine, wobei sich N. eine Verletzung des Mittelfingers zuzog.

Städtische Konzerte. Am Mittwoch den 13. d. M. findet im „Kristallpalast“, Leipzigerstraße 11/12, das nächste Volkskonzert des städtischen Orchesters unter Leitung des Musikdirektors Hugo Waldsee statt, in dem ein ganz populäres Programm geboten wird.

Zirkus. Am Samstag nachmittag kann das Zauber- märchen „Die sieben Raben“ noch nicht zur Aufführung gelangen; es wird dafür das Zaubermärchen „Dornröschen“ gegeben. Sonntag nachmittag geht die Detektiv-Komödie „Sherlock Holmes“ in Szene, und zwar zu den bekannten kleinen Preisen. Am Abend wird „Der Hund von Basterville“ aufgeführt.

Letzte Nachrichten.

München, 8. Februar. Das offizielle Organ der bayerischen Zentrumspartei, der „Bayerische Kurier“, hat mit der Veröffentlichung von Briefen begonnen, die während der Wahlkampagne zwischen dem Reichskanzler und dem Vorsitzenden des Flottenvereins, General Heim, gewechselt worden sind, und von denen einige sich auch auf die Unterstützung freisinniger Kandidaturen bezogen. Die freisinnige „Boll. Ztg.“ bemerkt dazu: „Hoffentlich wird das Verfahren, das die Staatsanwaltschaft wegen schweren Diebstahls eingeleitet hat, die Umstände aufzuklären, unter denen die unredliche Einweisung der Schriftstücke erfolgt ist, die bisher eine allseitig gemißbilligte Eigentümlichkeit sozialdemokratischer Blätter war.“ — Allseitig gemißbilligt? So, so! Manches haben die Freisinnigen doch mit großem Behagen benutzt. Entstellungen, die gegen sie gehen, erscheinen ihnen allerdings leicht als „schwerer Diebstahl“.

München, 8. Februar. Auf die Mitteilung der Redaktion der „Münchener Neuesten Nachrichten“ an den Reichskanzler über den Wahlkreis der Liberalen im Wahlkreis München 1 traf, wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden, folgende Depesche aus Berlin ein: „Herzlichen Dank für Ihre mich besonders erfreuende Mitteilung. Der Sieg des Reichstages wird mit großem Interesse in den deutschen Vaterlande die Kraft und Zuredung der nationalen Parteien stärken. Reichskanzler Fürst Billow.“

Dresden, 8. Februar. Der Chefredakteur des „Dresdener Anzeiger“, Professor Dr. Bier, hat auf seine Anfrage des Wahlkreises an den Reichskanzler folgendes Antworttelegramm erhalten: „Herzlichen Dank für Ihre Mitteilungen über den schon erfolgten der nationalen Parteien in Dresden-Altstadt. Ganz Deutschland muß dem sächsischen Volke für seine in ernster Stunde neu bewährte Treue dankbar sein. Reichskanzler Fürst Billow.“

Danzig, 8. Februar. Auf die telegraphische Mitteilung, daß bei der Reichstagswahl die Stadt Danzig auch diesmal erfolgreich gegen den Ansturm der Sozialdemokratie gehalten worden ist, ist an den politischen Redakteur der „Danz. Ztg.“, Dr. Hertmann, folgendes Telegramm des Reichskanzlers eingegangen: „Herzlichen Dank für Ihre Mitteilung des Wahlergebnisses und meinen besten Glückwunsch, daß Danzig sich wieder so wacker gehalten hat. Reichskanzler Fürst Billow.“

Stockholm, 8. Februar. Der hier verhaftete Russe Jankel Tichernat, dessen von der russischen Regierung verlangte Auslieferung die schwedische Regierung abgelehnt hat, ist gestern Abend freigelassen worden.

Paris, 8. Februar. In den Pyrenäen herrscht fürchterbare Kälte. Die Temperatur ist verschiedentlich bis auf 29 Grad gesunken. Der Hafen von Hendres ist zugefroren. Zahlreiche Unfälle werden berichtet.

Paris, 8. Februar. Der Nationalverband der Lehrer- und Lehrerinnen-Syndikate hat erklärt, trotz des ministeriellen Verbotes sich dem Arbeiterverbande anzuschließen zu wollen.

Paris, 8. Februar. Die konservativen und gemäßigt republikanischen Blätter beurteilen den Eintritten der gewerkschaftlichen Bewegung sehr ungünstig, während die radikalen und sozialistischen Blätter ihm meist ohne Vorbehalt beistimmen.

Paris, 8. Februar. Nach einer Privatdepesche aus Rom wird der Briandische Gesandtschaft über die Auktionen der Kirchen in Vatikan als unannehmbar bezeichnet.

London, 8. Februar. Der Washingtoner Berichterstatter der „Tribune“ ist von dem Präsidenten Roosevelt ermächtigt worden, den sensationellen Berichten zu widersprechen, die über seine Rede auf der letzten Konferenz mit den kalifornischen Kongressmitgliedern veröffentlicht worden sind. Der Präsident erklärt, er habe niemals angebeutet, daß Japan wegen der kalifornischen Schiffsfrage den Vereinigten Staaten ein Ultimatum überreicht habe, noch, daß wegen dieser Sache eine Kriegsgefahr bestesse. Er mißbilligt nachdrücklich das schädliche und verderbliche Kriegsgerede, das durch die Zwischenfälle in keiner Weise gerechtfertigt werde. Der „Tribune“ zufolge ist in Washington tatsächlich beschlossen worden, daß der Senat zur Verurteilung des neuen Vertrags mit San Domingo und der Tarifbeziehungen mit Deutschland nach dem 4. März zu einer außerordentlichen Tagung zusammenzutreten soll. Man erklärt, es würde ein Eintragsvertrag mit Deutschland vorgelegt werden.

Lodz, 8. Februar. Im Dorfe Antoniew oberhalb einer massierten Bande einen feurigen jüdischen Kaufmann und zwang ihn, eine große Summe Abseßel zu zahlen. Die Mörder entkamen.

Madrid, 8. Februar. Die anhaltende kalte Witterung verschlimmert die bereits vorhandene Arbeitsnot in hohem Maße.

Tokio, 8. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Uruben, die unter den Vergleuten der Achivo-Kupfermine ausgebrochen sind, haben zu Aufstrebungen geführt. Zahlreiche Verhaftungen sind vorgenommen worden.

Buenos Aires, 7. Februar. In der Provinz San Juan ist eine revolutionäre Bewegung ausgebrochen, die auf eine örtliche Urwahl zurückzuführen wird. Die Revolutionäre haben die Oberhand gewonnen; es heißt, sie hätten die Regierungsbefehlshaber gefangen genommen. Der Kampf dauerte mehrere Stunden; es gab einige Tote und Verwundete. Der interimistische Präsident der Republik, Villanueva, hat den Ministerrat einberufen; dieser hat staatliche Intervention in San Juan beschlossen.

war nach seiner Wahlkraft voranzufahren. Der Liberalismus hat durch dieses Verschulden seine Zukunft verloren. Was in diesem Wahlkampf die bürgerlichen Massen an die Wahlurne trieb, war die Angst vor einem großen Sieg der Sozialdemokratie, der nach ihrer Phantasie russisch-revolutionäre Zustände über Deutschland bringen könnte. Ihre Furcht und ihr Klassenhaß hat die Früchte gezeitigt, die in diesem Wahlkampf reifen. Das Göttergötter- und Kaffertartell war zugleich ein Kartell derer „von Besitz und Bildung“ mit den rückständigsten Elementen. Lieber wählten die Liberalen den fanatischsten Agrarier oder „rotesten Reaktionär“ und Junker, als daß sie einem Sozialdemokraten ihre Stimme gaben. Der einst so hoffnungsvolle deutsche Liberalismus, wie unser Parteigenosse Zaures ihn nennt, ist vor dem roten Tuch ins Maulschloß gefroren, er hat die hoffnungsvoll geschwellten Segel, die ihm der Silberbrief des Reichskanzlers aufgeblasen, jämmerlich zusammenklappen lassen. Unentschlossen, nutzlos und armfelig, wie er es während der sechziger und siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts schon war, während deren er in fast allen Parlamenten Deutschlands, den Reichstag eingeschlossen, die Wehrheit besaß, verlor er das Erbe, das er übernommen. Kraftlos und faßlos, so hat er sich auch jetzt gehalten, ein Bild des Mitleids für jeden entschieden denkenden Mann. So gehört auch der Liberalismus jetzt trotz Mandats- und Stimmengewinns zu den Geschlagenen wie wir. Eine konservativ-liberale Mehrheit, die der Liberalismus eventuell mit der Rechten bilden soll, bedeutet doch nur, daß er gegebenenfalls reaktionärer als das Zentrum sein soll. Anders ist sie nicht möglich. Wir beneiden ihn nicht um diese „geschichtliche Mission“, deren Erfüllung sein Grab bedeutet.

Das Fazit der diesmaligen Reichstagswahlen ist: Das Agrarierum und die Reaktion haben mit Hilfe der Liberalen auf der ganzen Linie gesiegt.

Deutschland geht schweren Zeiten entgegen. Dem deutschen Volke wird eine Rechnung präsentiert werden, daß ihm die Augen übergehen. Sei es. Wer nicht hört, muß fühlen. Die Völker werden nur durch harte Schläge vorwärts geschoben.

Unsre Aufgabe ist, uns über den schweren Ernst der Situation nicht zu täuschen. Wir müssen festes Nicken dem Kommenden entgegensehen und den Kampf aufnehmen, wo er sich bietet. Die Zeit braucht tapfere Männer und Frauen, keine Weibchen!

Parteigenossen! Schließt die Reihen! Geht auf's neue an und unverdrossen an die Arbeit! Bietet Trotz denen, die euch höhnen und verpöhlen! Weist denen die Zähne, die glauben, euch anmutigt zu sehen! Verachtet jene, die euch mit dem Gift der Verleumdung besudeln und die eigne Erbarmlichkeit und Ehrlosigkeit nicht empfinden!

Ginein in den Kampf wider die Lügenbrut, wider alle, die die Gineinigen unterdrücken, ausbeuten, mißhandeln, die in ihrer Gewalt sich befinden.

Das Banner hoch!

Die bürgerliche Welt zeugt Tag für Tag als Früchte ihrer eignen Entwicklung immer neue Proletarier; sie schafft Tag für Tag wider Willen immer mehr die Bedingungen, die zu ihrer Schwächung und zu unsrer Stärkung führen. Der Kapitalismus gebiert mit jedem Tage seiner weiteren Existenz, um mit unsrer Altmehrern Marx und Engels zu reden, die Totengräber seiner eignen Klassenherrschaft.

Es ist der Geschichte ehernes Maß, daß in demselben Maße, wie die alte Welt zerfällt, die neue entsteht. Selbst jede Niederlage, die in diesem Kampfe für eine bessere und gerechtere Ordnung uns trifft, ist die Quelle zu neuen Siegen!

Parteigenossen! An die Front!

Zu Namen aller, die mühselig und beladen sind, die nach Freiheit, Unabhängigkeit, Menschenwürde, nach dem Genuß der ihnen vorenthaltenen Güter der Kultur lechzen: Vorwärts!

Nieder mit unsern Feinden!

Hoch die Partei!

Berlin, den 9. Februar 1907.

Der Parteivorstand.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 9. Februar 1907.

Staatsgelder für Wahlzwecke.

Durch zahlreiche unverdächtige Zeugnisse ist festgestellt, daß die Regierung und ihre Organe in groß unzulässiger Weise Beeinflussung der Wähler geübt haben. Das Kaiserliche Mandat des Herrn Reichensperger ist zur Ungültigkeit erklärt, da der Oberbürgermeister Vater die Liberalen aufgefordert hat, in der Stichwahl für das Zentrum zu stimmen. In den Verhandlungen, die zwischen Zentrum und Nationalliberalen von Rheinland-Westfalen wegen gegenseitiger Stimmzahlschüsse geführt wurden, hat der von Berlin aus instruierte Oberpräsident eine wichtige Rolle gespielt. Aus den Reichslanden berichtet der „Schlesische Volks-Anzeiger“ in aller Gewissensruhe, die Regierung habe den Bischof Trüben zu veranlassen gesucht, öffentlich gegen die Stichwahlparole des Zentrums zu protestieren. Leider sei der Bischof dazu nicht zu bewegen gewesen. Damit ist zugleich auch die tiefe Quelle angedeutet, aus der die Proteste und Einmischungen der beiden bayrischen Erzbischofe stammen; man hat diese Wächterträger der Kirche aufgeputzt und sie veranlaßt, im Wahlkampf gegen das katholische Zentrum einzutreten, wofür sie dem mit dem jüdischen Reichstag der Kulturkampfbücherei bedacht wurden.

Alle diese Vorgänge sind aber harmlos und unbedeutend

zu nennen gegenüber andern Tatsachen, die jetzt vom „Bayrischen Courier“ enthüllt werden. Das Münchner Zentralorgan, das in den Besitz einer umfangreichen Korrespondenz des Flottenvereins gelangt ist, stellt dokumentarisch fest, daß die Regierung Bülow in höchst mißbräuchlicher Weise öffentliche Gelder dazu verwendet hat, einen ihr genehmen Wahlaussfall herbeizuführen. Die albernsten Schundschriften, mit denen das Volk zur Wahlzeit überhäuft wurde, sind in der Kolonialabteilung des Herrn Dernburg verfaßt und von der Reichskanzlei bezahlt worden.

Der Vorsitzende des Flottenvereins, Fürst Salmt, teilte eines Tages dem bekannten Agitator des Flottenvereins Generalmajor v. Reim mit, daß der Reichskanzler Fürst Bülow ihm 30 000 Mark zu Zwecken der Wahlpropaganda bewilligt habe. Diese Summe aber reicht nicht aus. Am 25. Januar fragte die (offizielle) Druckfirma Mittler u. Sohn beim Flottenverein an, ob der Traktatvorrat weiter ergänzt werden solle, worauf am 30. Januar diese Antwort des Flottenvereins eintrifft:

Ob wir überhaupt noch Sachen zur Versendung aufgeben werden, hängt von einer Unterredung ab, die heute mit der Wilhelmstraße (d. h. dem Reichskanzler) stattfindet. Will diese Stelle außer den bis jetzt bei Ihnen entstandenen Kosten für Druck und Versand, die sicherlich nicht gering sein werden, auch noch die Kosten für die eventuell noch zur Versendung gelangenden Sachen übernehmen, so soll uns das recht sein. . . . Die Wilhelmstraße hat es ja in der Hand, was sie machen will, da ja auch die Kaffow-Sache und die vom Generalstabe lediglich im Auftrage der Wilhelmstraße gedruckt und versandt worden sind. Wir sind nicht in der Lage, von Vereinsmitteln auch nur einen Pfennig zu spenden.

Nichts aus Vereinsmitteln, sondern alles aus Regierungsgeldern, d. h. aus Steuergeldern des Volkes!

Der Hauptmann Salzer, der als „alter Afrikaner“ in nationalen Wahlversammlungen auftritt, beschwert sich darüber, daß er in Dresden als zweiter Redner in einem „Lanzlöcher zweiter Klasse“ an der Peripherie der Stadt sprechen sollte. Dabei schreibt er u. a.: „Ich habe mich dem Flottenverein nur auf ausdrücklichen Wunsch des Oberkommandos zur Verfügung gestellt.“

Nicht minder pikant ist die Enthüllung, daß eine auf Reichsunkosten gedruckte Broschüre, als deren Verfasser „Ein Katholik“ bezeichnet war, in Wirklichkeit von einem protestantischen Kolonialbeamten stammt. Man gewinnt aus der Korrespondenz des Flottenvereins einen wirklich umfassenden Einblick in den ganzen Fabrikbetrieb der patriotischen Begeisterung. Die nationalen Sudelschriften werden verfaßt vom Generalstab und der Kolonialabteilung, verpackt von Marinefeldaten, bezahlt von der Regierung, der Verwalterin öffentlicher Gelder.

Die „alten Afrikaner“ werden vom Oberkommando in die Wahlagitatorien kommandiert. Das sind Praktiken, aus denen selbst die ungarischen Ministerwahlmacher, die Banffy und Polonyi noch sehr viel lernen können!

Und der Zweck der Übung? Am 26. Januar schreibt Generalmajor Reim an den Landrichter Stern in Beuthen: „Hoffentlich hat die Regierung jetzt den Mut, auch eine vernünftige Flottenvorlage einzubringen.“

Selbst die — Nationalliberalen gelten dem berufsmäßigen Wasserpatriotismus als „national unzuverlässig“. So schreibt Herr Reim nach Soyerswerda, dem Wahlkreis Wasseremanns:

Ich traue zwar Herrn Wasseremann nicht ganz (1), aber die Nationalliberalen schulden uns durch unsre Unternehmung bei den Wahlen so unendlich viel, daß es geradezu haarsträubend wäre, wenn sie diesmal wieder flau würden.

Von nicht minderm Reize ist die Enthüllung, daß die Herren vom Flottenverein „vorurteillos“ genug waren, sich einzubilden, sie könnten mit der Sozialdemokratie ein Schachgeschäft gegen das Zentrum treiben. „Es ist eine Abmachung dahin geboten“, schreibt der Generalstabschef der Flottentreiber, Herr Reim, „daß die Sozialdemokratie und die nationalen Parteien einander gegen das Zentrum unterstützen.“

Zur Stimmlosigkeit gestellt sich die Raibität. Welche Zustimmung an die Sozialdemokratie, sie soll die Geschäfte des Flottenvereins besorgen helfen!

Es ist kennzeichnend, daß, soweit wir sehen können, außer der „Germania“ kein bürgerliches Berliner Blatt bisher die ungeheuerlichen Enthüllungen des „Bayrischen Courier“ weiter verbreitet hat. Die freimüthige „Bosnische Zeitung“ und die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ meinen sich, eine am Herzen der andern, aus über diesen absehbaren — Diebstahl. Vom Hauptinhalt der veröffentlichten Aktenstücke aber veröffentlichen sie kein Wort!

Und beide wissen wohl warum. Sie wollen ihre Leser nicht erschrecken lassen, wie in deutschen Landen „nationale Begeisterung“ erzeugt wird, und welchen Schaden die Wähler davon haben, als sie die Sozialdemokratie „niederreiten“ und „niederrücken“. Weder bei den Bayern, noch bei den freimüthigen Stadtleuten ist die „größte Meute“ besonders beliebt, und mancher würde anders gestimmt haben, hätte er genau gewußt, zu welchem Zwecke und von wem die „patriotische Begeisterung“ betrieben wurde.

Wie dem Niederreiten hat es keine Richtigkeit. Perthes-Berein und Schatzkammerverband sitzen heute lecher im Sattel denn je. Zum Niederreiten gehört aber nicht bloß der Reiter, sondern auch ein Pferd mit guten Zähnen und richtigem Pferdeverstand. Und wie sollen — es geloben sich Freimüthige und Agrarier — nie sollen die Wähler erschrecken, wer bei dem großen Niederreiten — das Pferd anweisen ist! —

Die Boykottisten gratulieren.

Der Petersburger „Nowoje Wremja“ wird unter dem 5. d. M. aus Moskau folgendes telephonisch berichtet: Am Sonntag wurde in der vereinigten Versammlung der Gesellschaft der russischen Patrioten und des Verbands des russischen Volkes einstimmig die Absendung des folgenden Glückwunschtelegramms an Kaiser Wilhelm 2. beschlossen:

Die Gesellschaft der russischen Patrioten und der Verband des russischen Volkes in Moskau, die ein Stübchen des geeinigten, 6 Millionen (?) starken russischen Volkes bilden, haben nach Kenntnisnahme des Ergebnisses der deutschen Reichstagswahlen in corpore beschlossen, ihre Glückwünsche mit denen zu vereinigen, die von allen Seiten aus dem Munde des deutschen Volkes seinem stärklichen Führer entgegen tönen.

Diese Unhänglichkeit an das Vaterland und den Kaiser verstehen und schätzen wir, als treue Untertanen, ganz besonders, da wir fest überzeugt sind, daß ein Volk, welches seinen Kaiser liebt und ihm vertraut, eine lichte und herrliche Zukunft hat. Offenen Blicks und aufrechten, echt russischen Herzens, ohne den geringsten Hintergedanken, wünschen wir dem deutschen Volke in der Person Ew. Majestät Glück und Wohlfahrt auf dem jetzt neu entdeckten Lebenswege in der vollen Ueberzeugung, daß sowohl die Deutschen als auch die Russen mit dem Bestand ihrer Kaiser alle Mißverständnisse, die ihnen auf ihrem großen historischen Wege begegnen könnten, friedlich und edel lösen werden.

Graß und Ruhm dem Kaiser Wilhelm, Graß dem Volke, das seinen Führer zu unterstützen gewußt hat, Graß der Jugend, die der Welt gezeigt hat, daß ihre Liebe zu der Vaterlande nicht geringer ist, als die zu der Wissenschaft!

Die Gratulanten sind die Veranstalter der Judenhegen und die Träger der Gegenrevolution, die zu Tausenden die Märtyrer der Freiheit vor die Feldgerichte und unter die Galgen schleppen! —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 9. Februar 1907.

Sozialdemokratischer Boykott.

Am Freitagabend fanden die fünf Versammlungen unserer Genossen statt, in denen über den Ausfall der Reichstagswahlen gesprochen wurde. Die „Magdeburger Ztg.“ wußte aber schon im voraus, welches Ergebnis diese Versammlungen haben würden. Am Freitag nachmittag gab sie nämlich folgende Notiz in Satz, die am Sonnabend früh in dem Blatte erschien:

In den letzten Versammlungen der Sozialdemokraten hat man sich mit den Gründen der Niederlage der Partei bei der Reichstagswahl beschäftigt. Es hat dabei nicht an Neben gefehlt, die sich gegen die bürgerliche Presse und namentlich gegen die kleinen Geschäfts- und Ladeninhaber richteten. Die „Genossen“ wurden aufgefordert, aus der Abstimmung der letzteren bei der Wahl die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen. Ein Teil der sozialdemokratischen Arbeiter ist bereits dieser Aufforderung gefolgt. Sie haben bei Bäckern in der Sudenburg und in Budau ihr Frühstück abbestellt. Es wird dabei auch der Zweck mitverfolgt, die Bäckerei des Neustädter Konsumvereins zu stärken. Hoffentlich gelingt es den bürgerlichen Einwohnern unserer Stadt, den boykottierten Bäckern den Kundenausfall zu ersparen. Angebracht wäre es vielleicht auch, wenn die Arbeitgeber ihrerseits aus dem Verhalten der „Genossen“ ihre Konsequenzen zögen.“

Mehrere Lügen, eine Denunziation und eine Mahnung zur Vergewaltigung der Arbeiter enthält diese Notiz. Mehr kann man wohl nicht gut verlangen.

Wir stellen fest: Es ist unwahr, daß Geschäftsleute boykottiert wurden, weil sie für Kobelt stimmten. Wahr ist aber, daß die Arbeiter, entrüstet über die niederträchtige Art und Weise in der Verleumdungen des Konsumvereins als Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie im Wahlkampf benutzt wurden, nunmehr erst recht dem Konsumverein ihre Unterstützung leihen. Das ist ihr Recht, und wie uns scheinen, will sogar ihre Pflicht, und wenn Bäcker und Krämer darunter leiden, so mögen sie sich Trost bei denen holen, die den Konsumverein im Wahlkampf ausnutzten. Es ist also gar nicht die Rede vom Boykott politischer Gegner, sondern nur von der Unterstützung des Konsumvereins.

Wenn die „Magdeburger Ztg.“ ganz im Geiste jener brutalen Kapitalistengefinnung, die sie schon immer auszeichnete, die Arbeitgeber auffordert, die sozialdemokratischen Arbeiter zu drangalieren, so zeigt das zwar, wie schäbig die Kampfmittel der „Nationalen“ sind, aber die Arbeiter läßt die Drohung herzlich kalt. Sie werden sich schon zu wehren wissen, wenn man sie terrorisieren will. —

Eine Terrorismus-Schauermär.

Eine graufige Geschichte von sozialdemokratischem Terrorismus wissen die hiesigen bürgerlichen Blätter zu erzählen. Eifrige Korrespondenten haben dafür gesorgt, daß auch schon auswärtige Blätter die Mär wiedergegeben haben. Der reichstreuere „Arbeiter“ Haase, jener Ehrenmann, der einst als „einarmiger“ Drehorgelspieler trotz seiner gesunden zwei Arme durch die Lande zog, der überwältigt von „Arbeitsmüdigkeit und Alkohol seine Schlafstätte oft im Minnefinn ausschlug, der in der Wahlbewegung sich nicht genug tun konnte, die Arbeitererschaft zu verunglimpfen und zu beschimpfen — dieser „Arbeiter“ Haase soll angeblich am Mittwochabend, als er von seiner Arbeitsstätte, dem Gaujontwert kam, nach einem Bericht des „Central-Anzeigers“ auf dem Fernersleber Wege „von einer aus dem Hinterhalt kommenden Horde, die etwa 200 Mann zählte, überfallen, „Lump“, „Verräter“ usw. beschimpft und dann mit Eisstücken und sonstigen harten Gegenständen fürchterlich mißhandelt worden sein, so daß der Bedauernswerte schwer krank daniederliegt“. Nach der „Magdeburger Ztg.“ wurde Haase „von einer Horde von „Genossen“ überfallen, beschimpft, angegriffen, gestoßen, geschlagen und hingeworfen. Nur mit knapper Not gelang es ihm, sich nach Haase zu retten, wo er nun krank daniederliegt“. Und der Polizeibericht meldet, daß Haase, „der während der Reichstagswahl in nationalem Sinne gewirkt hat, seitdem von einer großen Zahl seiner Mitarbeiter